

November 2012
Ausgabe 11
17. Legislatur

Südwest Grün

Rundbrief der baden-württembergischen
Grünen im Bundestag

Liebe Freundinnen und Freunde,

die Bundesregierung hat in diesen Tagen ihre Nikolaus-Päckchen für alle geschnürt: das Betreuungsgeld für die CSU, die Abschaffung der Praxisgebühr für die FDP, die „Leistungsrente“ für die CDU. Jeder der drei Partner einer heillos zerstrittenen Koalition wird jetzt etwas als ganz eigenes Erfolgsprojekt verkaufen. Gut, wenn das alles 2013 ein Ende hat!

Wir beginnen mit der Vorbereitung dieses Endes! Rechtzeitig vor der Listenaufstellung erhaltet ihr die Bilanz eurer MdBs über die ersten drei Jahre der 17. Wahlperiode. 10 eurer derzeitigen MdBs bewerben sich erneut. Fritz Kuhn wollen wir auch von dieser Stelle aus noch einmal gratulieren, Respekt zollen und viel Glück und Erfolg im neuen Amt wünschen. Was für eine Erfolgsspur für die baden-württembergischen Grünen! Das wollen wir mit einer konstruktiven Konkurrenz bei der Listenaufstellung, einem von allen mit ganzer Kraft geführten kämpferischen Bundestagswahlkampf und der Ablösung der Bundesregierung fortsetzen.

Susanne Kiekbusch wird zu Jahresanfang für Fritz Kuhn nachrücken. Von hier aus schon einmal: Herzlich willkommen!

Wir sehen uns bei der BDK in Hannover, bei LAGen und Kreismitgliederversammlungen und spätestens dann bei der LDK in Böblingen.

Mit herzlich-grünen Grüßen

Eure



Bilanz 2009 - 2012

	Seite
<i>Kerstin Andreae</i>	2
<i>Biggi Bender</i>	6
<i>Agnieszka Brugger</i>	10
<i>Harald Ebner</i>	14
<i>Ingrid Hönlinger</i>	18
<i>Memet Kilic</i>	22
<i>Sylvia Kotting-Uhl</i>	26
<i>Beate Müller-</i> <i>Gemmeke</i>	30
<i>Gerhard Schick</i>	34
<i>Ulrich Schneider</i>	38
<i>Impressum</i>	42





Kerstin Andreae

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Strukturwandel erkennen, einfordern und begleiten

Seite 2

Ludwig Erhardt hatte einmal gesagt: „Wirtschaft ist zu 50 Prozent Psychologie“. Was sind dann aber die restlichen 50 Prozent? Richtig! Ärmel hochkramen und etwas unternehmen! Aber die schwarz-gelbe Bundesregierung unternimmt nichts bzw. liefert zu wenig. Dabei gibt es gerade jetzt sehr viel zu tun: Energiewende, Fachkräftemangel, Bürokratieabbau, ökologischer Umbau, um nur die wichtigsten Baustellen aufzuzählen. Unsere Wirtschaft befindet sich in einem Umbruch und die große „Welle“ dieses Umbruchs hält auf uns zu. Entscheidend für die kommenden Jahre wird sein, ob wir von dieser „Welle“ überrollt werden oder ob wir oben bleiben.

Rot-Grün hatte mit tiefgreifenden Reformen z.B. für die Markteinführung der Erneuerbaren Energien, dem Staatsbürgerschaftsrecht, aber auch mit Reformen auf dem Arbeitsmarkt und in den Sozialversicherungssystemen laufend zur Stabilisierung der Wirtschaft beigetragen. Diese Reformen müssen überprüft, positive Erfahrungen weiterentwickelt und Fehlentwicklungen abgestellt werden. Wir sind davon überzeugt, dass der Strukturwandel in dem sich die Wirtschaft derzeit befindet, aktiv begleitet werden muss. Die Stillstandspolitik der schwarz-gelben Bundesregierung, insbesondere von Wirtschaftsminister Rösler, schwächt die Vorreiterrolle deutscher Unternehmen bei nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen. Nehmen wir das „Gesetz zur „Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse“: 270 Menschen sind seit Inkrafttreten in die Bundesrepublik gekommen, 300.000 ist das gesteckte Ziel der Bundesregierung. Bleiben also noch 625 Jahre zur Erfüllung dieses Ziels. Dieses Gesetz ist bürokratisch und macht unser Land offensichtlich nicht attraktiver. Es gibt weitere Beispiele. Die ökologische Modernisierung der Wirtschaft kann DIE industrielle Erfolgsgeschichte für Deutschland werden. Wann fangen wir endlich damit an?

Mit unserem Antrag „Wirtschaft im Umbruch – Wandel ökologisch, sozial und europäisch gestalten“ bieten wir zukunftsfähige Lösungsansätze an. Er war zugleich Auftakt für den großen Wirtschaftskongress „Wir können Wirtschaft!“, zudem wir am 09. November diesen Jahres in die Landesvertretung Baden-Württemberg eingeladen hatten. Im Zentrum stand der Dialog. Darauf haben wir unsere Foren ausgerichtet. Der Kongress mit über 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmern schaffte so eine Plattform für die Diskussion grüner Konzepte und den Austausch zwischen Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Zivilgesellschaft und unseren Abgeordneten der grünen Bundestagsfraktion, dem Europäischen Parlament und aus den Ländern.

Energiewende als Chance begreifen

Wer von uns hätte Ende 2009 gedacht, dass wir noch in dieser Legislatur den endgültigen Ausstieg aus der Atomenergie beschließen werden. Mit einer großen Mehrheit im Deutschen Bundestag, getragen von allen Fraktionen (auch wenn manche zum Jagen getragen werden mussten) und die schrecklichen Bilder von Fukushima vor Augen. Die konsequente Umsetzung der Energiewende ist eine große Herausforderung aber auch eine Chance für Deutschland. Sie kann der größte Innovations- und Wachstumsmotor für die deutsche Wirtschaft werden. Wenn wir in diesem Zusammenhang von einer industriellen Revolution sprechen, dann geht es im Kern um enorme Investitionen, die unsere Wirtschaft und Gesellschaft ökologisch modernisieren. Nun stehen wir vor der großen gesellschaftlichen Aufgabe, diese Energiewende so zu gestalten, dass Energie auch

Kerstin Andreae
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 / 227-71480
Fax 030 / 227- 76481
kerstin.andreae@bundestag.de

Wahlkreisbüro Freiburg
Haslacher Str. 61
79115 Freiburg
Tel. 0761 / 8886713
Fax 0761 / 8886714
kerstin.andreae@wk.bundestag.de
www.kerstin-andreae.de

Seite 3

weiterhin für alle bezahlbar bleibt und der Ausbau der Erneuerbaren Energien rasch vorangetrieben wird. Die Kosten und Nutzen dieser Energiewende müssen dabei fair verteilt werden. So auch der Titel unseres Antrages, den wir erst kürzlich in das Parlament eingebracht haben. Es ist nicht hinnehmbar, dass sich einige Unternehmen aus der solidarischen EEG-Umlage heraus stellen. Rot-Grün hatte damals die Befreiung für wenige Unternehmen, die im besonderen Maße im internationalen Wettbewerb stehen, eingeführt. Schwarz-Gelb hat die Anforderungen für diese Ausgleichsregelung deutlich gesenkt, was dazu geführt hat, dass die Zahl der privilegierten Unternehmen von 600 auf bis zu 2.000 Firmen gestiegen ist – Tendenz steigend. Jetzt ist beispielsweise auch die kostspielige Braunkohleförderung oder der Deutsche Wetterdienst von der Umlage befreit. Dazu kommen weitere Privilegien, beispielsweise bei der Eigenstromregelung. In der Summe werden Teile der Industrie um insgesamt 7 Mrd. Euro entlastet und das auf Kosten der Privathaushalte und des Mittelstandes. Es ist Aufgabe der Politik, die Kosten der Energiewende zu begrenzen und ihre Lasten und Nutzen fair zu verteilen. Dabei muss der ökologische Umbau und ein sozialer Ausgleich Hand in Hand gehen. Deshalb brauchen wir abgestimmte Maßnahmen, die soziale Härten abmildern und allen Menschen eine bezahlbare Energieversorgung ermöglichen.

Die Wachstums-Enquete – eine grüne Idee!

Ein Jahr lang haben wir Klinken geputzt und für unsere Idee geworben – mit Erfolg. Seit 2011 hat der Bundestag eine neue Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität - Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem

Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“.

Die Enquete-Kommission soll die gesellschaftliche Debatte voran treiben, wie globaler Wohlstand und soziale Gerechtigkeit mit den Grenzen eines endlichen Planeten vereinbar gemacht werden kann. Es eilt! Die Menschheit lebt auf Kosten des Naturkapitals. Klimawandel, schwindende Artenvielfalt, rasante Flächenverluste und die Verknappung wichtiger Rohstoffe mindern die Lebenschancen zukünftiger Generationen. Und gleichzeitig muss es darum gehen, die Lebenschancen weltweit gerechter zu verteilen. Unsere Erde hat begrenzte Ressourcen, mit denen im Jahr 2050 mehr als 9 Milliarden Menschen mit Nahrung, Kleidung, Unterkunft und Mobilität versorgt werden wollen. Mehr als ein Jahr habe ich in diese Enquete zusammen mit meinen Kollegen Hermann Ott, Valerie Wilms und Thomas Gambke gearbeitet. Mit meiner neuen Funktion im Fraktionsvorstand ließ sich die Arbeit in der Enquete leider nicht mehr zeitlich vereinbaren, trotzdem ist mir das Thema weiter sehr wichtig und ich unterstütze den Prozess auch als Stellvertretende Fraktionsvorsitzende aktiv. Viele Kreisverbände in Baden-Württemberg haben mich in den vergangenen Monaten eingeladen um über die Wachstumsdebatte im Allgemeinen und die Arbeit der Enquete im Konkreten zu sprechen. Das Interesse an diesen Veranstaltungen war enorm, was mich sehr gefreut hat. Ich werde diesen Dialog auch in der Zukunft gerne weiterführen.

Die Grüne Vermögensabgabe

Eine andauernd hohe Staatsverschuldung verschiebt die Lasten der Krise auf künftige Generati-



Kerstin Andreae

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Fortsetzung

Seite 4

onen. Dagegen wirkt die Schuldenbremse, die zu einer notwendigen Haushaltskonsolidierung führt. Für uns bedeutet das, sowohl Ausgaben einzusparen, als auch zusätzliche Einnahmen zu erzielen. Die Koalition will die gewaltigen Kosten der Finanz- und Bankenkrise wesentlich mit Kürzungen im Sozialetat auffangen. Wir Grünen gehen einen anderen Weg: Mit einer einmaligen, zeitlich befristeten Vermögensabgabe wollen wir die besonders Vermögenden in unserem Land zur Finanzierung der Krisenkosten heranziehen. Durch Rettungspakete, Schutzschirme, Bürgschaften und Garantien sind vor allem auch die großen Anlagevermögen in Schutz genommen worden. In den letzten Jahren sind die großen Vermögen deutlich gestiegen, während die Arbeitnehmereinkommen in vielen Fällen real zurück gingen. Im internationalen Vergleich werden Vermögen in Deutschland niedrig besteuert. In einer solidarischen Gesellschaft müssen starke Schultern mehr tragen als schwache. Während andere dies nur in Sonntagsreden erwähnen, haben wir dazu einen konkreten Vorschlag gemacht. Wir sind überzeugt, dass man den reichsten Deutschen – die rund 0,5 Prozent unserer Bevölkerung mit den höchsten Vermögen - zumuten kann, einen besonderen Beitrag zu leisten. Mit dem Aufkommen sollen ausschließlich die Kosten der Finanz- und Bankenkrise finanziert werden. Die Vermögensabgabe ist gerechter als eine Erhöhung von Sozialabgaben oder der Mehrwertsteuer, die kleine Einkommen überproportional belasten.

Rentenpolitik als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Die Einkommensschere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Nach allen Prognosen wird die Altersarmut und der Bezug von Grund-

sicherung in den nächsten Jahren deutlich zunehmen. Zentrale Gründe spielen hierbei die dauerhaft hohe Arbeitslosigkeit, veränderte Erwerbsbiographien, eine Ausweitung des Niedriglohnssektors und eine Zunahme von Selbständigen mit geringen Einkommen. Besonders betroffen sind dabei Teilzeiterwerbstätige, sogenannte Soloselbständige und Geringverdienende. Viele Frauen (und hier vornehmlich Mütter) werden nach bisherigem Stand auch zukünftig nur eine geringe Rente beziehen. Investitionen in die Kinderbetreuung und Maßnahmen zur Bekämpfung der Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen sind daher ebenso dringend notwendig wie ein gesetzlicher Mindestlohn und vernünftige altersgerechte Arbeitsplätze. Wie schaffen wir ein Rentenkonzept, das uns vor Altersarmut schützt, aber dennoch bezahlbar bleibt ohne nachfolgende Generationen übermäßig zu belasten? Zusammen mit den Sozialpolitikern unserer Fraktion entwickeln wir gerade die Garantierente, mit der wir ein Mindestniveau für langjährig Versicherte innerhalb der Rentenversicherung sichern. Das bedeutet, dass ab 30 Versicherungsjahre eine Mindestrente von 850 Euro garantiert wird. Grundlage hierfür ist ein Gutachten welches wir in Auftrag geben haben und das unser Modell empirisch untermauert. Wichtigste Botschaft: Die Garantierente ist machbar und finanzierbar!

Global denken – lokal handeln

Neben meiner fachpolitischen Arbeit in Berlin bin ich viel in meinem Wahlkreis unterwegs und stoße dabei auf sehr unterschiedliche „Baustellen“. Was mich aber in den letzten Jahren am meisten beschäftigt hatte, war die katastrophale Wohnsituation im Freiburger Stadtteil Weingarten. Hier hatte der

Kerstin Andreae

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 / 227-71480
Fax 030 / 227- 76481
kerstin.andreae@bundestag.de

Wahlkreisbüro Freiburg

Haslacher Str. 61
79115 Freiburg
Tel. 0761 / 8886713
Fax 0761 / 8886714
kerstin.andreae@wk.bundestag.de
www.kerstin-andreae.de

Seite 5

Immobilienkonzern GAGFAH - wie auch bereits in anderen deutschen Städten - eine Vielzahl von Wohnungen erworben und lässt diese seither regelrecht verkommen. Leidtragende sind dabei vor allem Hartz IV-Empfänger, ältere Menschen und MigrantInnenfamilien. Trotz massivem öffentlichen Druck hatte sich die Situation für die meisten Mieter lange Zeit nicht verbessert. Erst über einen von mir ins Leben gerufenen bundesweiten Arbeitskreis und langen zähen Verhandlungen haben wir das GAGFAH-Management an den Verhandlungstisch bekommen. Inzwischen konnten wir erste Erfolge erzielen: So bekamen die ersten Wohnungen neue, dichte Fenster und Bäder eine vernünftige Entlüftung. Es gibt zwar noch viel zu tun, aber ich bin inzwischen wieder optimistischer und bleibe hier dran.

Die Bahn aufs richtige Gleis setzen

Die Rheintalbahn – ein Dauerthema in meinem Wahlkreis – soll ein 3. und 4. Gleis erhalten, um möglichst viel „rollendes Material“ von der Straße auf die Schiene zu bekommen. Momentan plant die Deutsche Bahn AG aber leider noch auf Kosten der Anwohner. Lärmschutz kostet eben Geld und Zeit. Deshalb engagiere ich mich auch hier seit Jahren für eine umwelt- und lärmverträgliche Alternative. Zusammen mit Lokalpolitikern und Bürgerinitiativen haben wir eine Reihe von Informationsveranstaltungen geplant und dabei immer wieder das Gespräch mit den Projektplanern gesucht. Im letzten Jahr konnten wir außerdem eine öffentliche Anhörung im Bundestag durchsetzen. Grundlage hierfür war unser Antrag „Schutz vor Bahnlärm verbessern – Veraltetes Lärmprivileg Schienenbonus abschaffen“. Gemeinsam mit unserer Landesregierung arbeiten wir nun an der Umsetzung dieser wichtigen verkehrspolitischen Ziele.

Grünes Netzwerk für Europa, Bund und Land

Die „Begrünung“ Südbadens hat viel mit dem Engagement unserer Kandidatinnen und Kandidaten vor Ort zu tun, aber auch mit einem funktionierenden Netzwerk. In der AG Südbaden haben sich Grüne aus der Europa-, Bundes- und Landesebene zusammengefunden, um sich regelmäßig über wichtige Projekte auszutauschen und gemeinsam Akzente zu setzen. Da geht es viel um Verkehr, Ländlichen Raum, grenzüberschreitende Zusammenarbeit, aber vor allem – um eine enge politische Verzahnung der Abgeordneten und ihren Mitarbeitern. Diese Zusammenarbeit empfinde ich als sehr konstruktiv und angenehm.

Gemeinsam für einen Politikwechsel

Wir stehen vor gewaltigen Herausforderungen. Ob Eurokrise, Energiewende oder die soziale Spaltung unserer Gesellschaft. Viele Menschen wollen eine entschlossene Regierung sehen, doch Schwarz-Gelb ist dazu nicht in der Lage: Statt die Euro-Krise zu bewältigen, werden abwechselnd die Griechen oder die EZB beschimpft. Die Energiewende wird verschlafen und in gesellschaftlichen Fragen regiert Schwarz-Gelb an der Lebensrealität vorbei – siehe Betreuungsgeld, gleichgeschlechtliche Partnerschaften oder Frauenquote. Deshalb kämpfen wir im nächsten Jahr gemeinsam für einen Politikwechsel!



Biggi Bender

Sprecherin für Gesundheitspolitik

Ein gesundheitspolitischer Rückblick

Seite 6

Wenn Ihr diesen Bericht lest, hat Schwarz-Gelb möglicherweise die Praxisgebühr abgeschafft und evtl. auch den Einheitsbeitrag gesenkt. Eine Entlastung von PatientInnen und Versicherten, mit der unsere parlamentarischen Initiativen Erfolg haben? Nicht wirklich, denn: Ohne eine grundlegende Reform der Finanzierung führen diese Maßnahmen in absehbarer Zeit zu Zusatzbeiträgen – das aber wollen wir verhindern!

Solidarität statt sozialer Schieflage

Die derzeit gute Finanzlage der Krankenkassen ist kein Ergebnis guter Gesundheitspolitik – im Gegenteil! Die Kassen wollten Zusatzbeiträge vermeiden und haben bei Reha, Hilfsmitteln und neuen Versorgungsmodellen gespart ohne Ende. Schwarz-Gelb wiederum hat den Einheitsbeitrag hochgesetzt, damit die von ihnen politisch erwünschten „Kleinen Kopfpauschalen“ nicht sofort spürbar und damit für die Koalition zu einem politischen Risiko werden. Deshalb ist „zu viel“ Geld da – das liegt an einer Gesundheitspolitik mit sozialer Schieflage. Das ungerechte Finanzierungssystem habe ich in zahlreichen Bundestagsdebatten und auf vielen Veranstaltungen angegriffen und – auch im Bündnis mit Gewerkschaften und Sozialverbänden – die Alternativen formuliert: Weg mit dem Zusatzbeitrag, weg mit dem staatlich festgesetzten Einheitsbeitrag und der Praxisgebühr. Hin zur Bürgerversicherung mit mehr Einnahmen und mehr Nachhaltigkeit durch erweiterte Solidarität!

Unsere grüne Bürgerversicherung steht in ihren zentralen Elementen seit der Bundesdelegiertenkonferenz 2010 fest. Seitdem beschäftige ich mich mit den erforderlichen Schritten für die Einführung nach der nächsten Bundestagswahl. Mit der Bürgerversicherung wird auch die ungleiche Vergütung der ÄrztInnen für die Behandlung von privat bzw. ge-

setzlich Versicherten beendet. So ergaben unsere knapp 1.000 Testanrufe in baden-württembergischen Facharztpraxen, dass KassenpatientInnen dort rund 16 Tage länger auf einen Facharzttermin warten müssen!

Auch die Pflegeversicherung benötigt eine nachhaltige Finanzierung auf breiten Schultern. Nach den Ergebnissen eines Gutachtens haben wir auf die früher diskutierte Demografie-Reserve verzichtet. Ein durchgerechnetes Modell liegt damit auch für die Bürgerversicherung in der Pflege vor – die Umsetzung braucht uns in der Regierung.

Der Nutzen für PatientInnen ist unser Maßstab

Im Gesundheitswesen gibt es Hunderte von Verbänden, Organisationen und Zusammenschlüssen, deren Ziel es ist, vom großen Kuchen so viel wie möglich abzubekommen. Bei den Methoden, etwa von Pharmaherstellern zur Verbreitung der jeweiligen Produkte, fragt man sich manchmal, ob das nicht an kriminelle Machenschaften grenzt. Kein Wunder, dass in „Die letzte Flucht“ von Wolfgang Schorlau die Pharmaindustrie und ihre Methoden die Hauptrolle und Stuttgart 21 die Nebenrolle spielen. Schorlau und ich konnten uns bei grünen Veranstaltungen vor Ort in Baden-Württemberg wunderbar thematische Bälle zuspielden. Das Arzneimittelneuordnungsgesetz war einer: Seither gibt es eine Nutzenbewertung für neu auf den Markt kommende Medikamente, auf deren Basis Arzneimittelhersteller und Krankenkassen Preisverhandlungen führen. Ein Schritt in die richtige Richtung, aber noch lange nicht ausreichend. Wir haben unsere Alternativen in den Bundestag eingebracht und ein

Biggi Bender
Sprecherin für Gesundheitspolitik
Mitglied Ausschuss für Gesundheit
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 / 227-71667
Fax 030 / 227-76667
biggi.bender@bundestag.de

Wahlkreisbüro Stuttgart
Hauptstätter Str. 57
70178 Stuttgart
Tel. 0711 / 26346177
Fax 0711 / 6151725
biggi.bender@wk.bundestag.de
www.biggi-bender.de

Seite 7

sehr gut besuchtes Fachgespräch veranstaltet. Ich kämpfe dafür, dass wir in der nächsten Wahlperiode für unsere Forderungen Mehrheiten im Parlament finden.

Trotz aller Kritik wäre die medizinische Versorgung sehr viel besser, wenn auch in anderen Bereichen die Kriterien des Arzneimittelrechts gelten würden. Der Brustimplantate-Skandal und die unproblematische Zulassung eines erfundenen, technisch völlig unzulänglichen und gefährlichen Hüftimplantates zeigen den dortigen Wildwuchs. Die Anhörung des Gesundheitsausschusses zu unserem grünen Antrag zeigte, dass eindeutige Qualitätsvorgaben für Studien, eine Prüfung, die diesen Namen tatsächlich verdient, überfällig sind. Diese Vorgaben müssen von der EU kommen. Der EU-Kommission sind die Hersteller jedoch näher als die Sicherheit von und der Nutzen für PatientInnen. Es bleibt noch viel für uns zu tun, bis hier die Prioritäten richtig gesetzt werden.

Seit Jahren – so auch auf unserem Fachgespräch im Oktober 2011 – heiß diskutiert: die elektronische Gesundheitskarte. Verkehrte Welt denke ich, wenn immer wieder der Datenschutz als Kritik benannt wird, aber gleichzeitig die (nun wahrlich nicht unkritischen) Datenschutzbeauftragten auf eine Einführung drängen, da der Datenschutz der alten Karte miserabel ist. Verloren geht, dass dieses Instrument eigentlich dazu gedacht ist, die Versorgung von Versicherten zu verbessern: Wenn mit Zustimmung der PatientInnen Behandlungs- und Verwaltungsdaten anderer ÄrztInnen bekannt sind, dann sinkt die Gefahr von gefährlichen Doppelverschreibungen, es können Wechselwirkungen zwischen Medikamenten ausgeschlossen werden ... Das ist eine Chance gerade für ältere Menschen.

Schutz und Rechte für PatientInnen stärken

Was lange währt wird nicht immer gut: Die Bundesregierung hat vor Kurzem ein Patientenrechtegesetz vorgelegt, das seinen Namen nicht verdient. Es bleibt weit hinter dem zurück, was wir Grünen Ende 2010 zur Debatte gestellt haben.

Anstatt Rechte weiterzuentwickeln, bündelt Schwarz-Gelb das, was vor Gerichten von Versicherten erstritten wurde. Und selbst das gelingt ihr noch nicht einmal: Inzwischen sollte es selbstverständlich sein, dass Kinder und Jugendliche altersgemäß aufgeklärt werden, wenn z.B. Operationen bevorstehen, und in die Entscheidung einbezogen werden. Der Gesetzentwurf enthält nichts dazu.

Fehlanzeige auch bei Individuellen Gesundheitsleistungen (IGeL), die PatientInnen aus der eigenen Tasche zahlen. Meine Fragen an die Bundesregierung zeigten, dass viele dieser Angebote überflüssig oder sogar schädlich sind. Viele PatientInnen fühlen sich unter Druck gesetzt (z.B. sofortige Entscheidung) oder über den Tisch gezogen (z.B. fehlende Angaben zu den Kosten). Ich setze mich ein für Aufklärung, Kostentransparenz und einen schriftlichen Vertrag. Besonders empört mich, dass aus Steuergeldern Verkaufstrainings für ÄrztInnen bezuschusst wurden, in denen diese lernen, wie Einwände („Mir ist das aber zu teuer“) überwunden und Zusatzgewinne von mehreren 10.000 € zu erreichen sind. Mit den richtigen Fragen und intensiver Pressearbeit ist es mir gelungen, dies für die Zukunft zu unterbinden!

Viele Versicherte wünschen sich mehr „alternative“ Medizin. Wir Grünen sind die einzigen, die ihre Stimme erheben, wenn Regelungen im Arzneimittel-



Biggi Bender

Sprecherin für Gesundheitspolitik

Fortsetzung

Seite 8

recht homöopathische und anthroposophische Arzneimittel bedrohen. Zum Glück sind wir hier häufig erfolgreich. Allein sind wir auch, wenn wir von den vielen Millionen, die aus dem Bundeshaushalt in die Forschung fließen, einige für die Methodenforschung in der Alternativmedizin einfordern: Es braucht mehr wissenschaftliche Belege für deren Erfolge, um die Therapievelfalt auf Dauer zu sichern.

Versorgung neu denken

Einem drohenden Ärztemangel im ländlichen Raum steht eine massive Überversorgung in Städten gegenüber, das sehen wir auch bei uns im Land. Aber Köpfe zählen reicht nicht – auch der Arbeitsumfang zählt. Ich fragte daher bei der Regierung nach: Ein hoher Anteil an ÄrztInnen rechnet nur ein Viertel der durchschnittlichen Fallzahlen ab. Das hat auch in der Ärzteschaft zu Diskussionen über eine faire Arbeitsverteilung gesorgt. Es gibt gute Gründe weniger zu arbeiten. Doch das muss bei der Versorgungsplanung berücksichtigt werden!

Ob jemand eine Psychotherapie bekommt, hängt de facto vom Wohnort ab: Freiburg oder die Alb, Ost oder West. Diesen unhaltbaren Zustand wollen wir mit einer bedarfsorientierten Berechnung der notwendigen Einwohner-Psychotherapeuten-Relation beenden. Das hat Schwarz-Gelb abgelehnt. Nun droht eine Verschlechterung sogar in Regionen mit geringem Versorgungsangebot. Im Kreis Schwäbisch-Hall zum Beispiel sind vier der 17,7 Sitze vom Abbau bedroht. Bei rechnerisch 9,4 PsychotherapeutInnen pro 100.000 EinwohnerInnen (bundesweiter Durchschnitt: 26,6) müssen die PatientInnen hier bereits heute 15 Wochen auf ein psychotherapeutisches Erstgespräch warten.

Zur Lösung der vielfältigen Versorgungsprobleme müssen wir künftig statt in „Sektoren“ (ambulant/

stationär/Pflege) vom Menschen und vom Bedarf her denken. Deshalb wollen wir eine sektorenübergreifende Versorgungsplanung mit veränderten Rollen der Berufsgruppen und verbesserter Zusammenarbeit. Krankenhäuser können je nach Bedarf Teile der ambulanten Versorgung übernehmen. Dennoch besteht im Krankenhausbereich vielfach eine Überversorgung, die Bundesländer und die Krankenhausträger sind hier in der Pflicht, die Ressourcen dorthin zu „planen“, wo sie für eine flächendeckende Versorgung und die erforderliche Hochleistungsmedizin benötigt werden. Unsere grün-rote Regierung in Baden-Württemberg ist entsprechend aktiv.

Die Bundestagsfraktion hat im Oktober 2011 die Eckpunkte einer besser koordinierten, besser vernetzten und patientenorientierteren Versorgung beschlossen. Wir fordern darin eine Aufwertung der hausärztlichen Versorgung mit Stärkung der Rolle nichtärztlicher Berufe und der sprechenden Medizin. Die Zeit der Einzelkämpfer im Gesundheitswesen ist vorbei, längst ist auch die Berufsidee der jungen ÄrztInnen nicht mehr die Tätigkeit in der Einzelpraxis, auch sie bevorzugen die Arbeit in interdisziplinären Teams.

Handlungsbedarf auch in der Geburtshilfe

Die Geburt ist etwas Natürliches – könnte frau glauben, wenn da nicht Kaiserschnittraten von etwa 30 % wären. Diese sind viel zu hoch und mal wieder waren wir es, die parlamentarisch aktiv wurden. Wir sorgten dafür, dass der Bundestag nach 27 Jahren (!) mal wieder über die Geburtshilfe diskutierte. Schwarz-Gelb hat jeden grünen Vorstoß lauthals

Biggi Bender
Sprecherin für Gesundheitspolitik
Mitglied Ausschuss für Gesundheit
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 / 227-71667
Fax 030 / 227-76667
biggi.bender@bundestag.de

Wahlkreisbüro Stuttgart
Hauptstätter Str. 57
70178 Stuttgart
Tel. 0711 / 26346177
Fax 0711 / 6151725
biggi.bender@wk.bundestag.de
www.biggi-bender.de

Seite 9

abgelehnt, um dann Teile davon umzusetzen. Ohne meinen Druck lägen heute keine Zahlen zu den Einkommen von Hebammen vor und die Geburtshilfe wäre weiterhin in der Reichsversicherungsordnung und nicht im für die GKV zuständigen Sozialgesetzbuch geregelt. Eine Großbaustelle bleibt: die massiv gestiegenen Haftpflichtprämien. Unsere Überlegungen hat die Regierung abgelehnt, ohne selbst eine Lösung zu bieten.

Prävention vor Kuration

Nach drei Jahren ist bei Schwarz-Gelb noch keine Präventionsstrategie in Sicht, die die gesellschaftlichen und sozialen Ursachen von Erkrankungen berücksichtigt und die Stärkung von Schutzfaktoren sowie gesundheitsfördernde Strukturen am Lebens- und Arbeitsort zum Ziel hat.

Stattdessen setzt die Koalition auf die ärztliche, individualmedizinische Prävention und fördert den Technikeinsatz und die Entwicklung kommerziell nutzbarer Biomarker. Alleine für Großgeräte werden 20 Millionen Euro im Rahmen des Forschungsprojektes „Nationale Kohorte“ investiert. Zur Erforschung der krank machenden Faktoren bei sozial Schwachen und bei MigrantInnen hingegen ist kein Geld übrig! Meine kritischen Fragen haben Gesprächsbereitschaft bei der Forschergruppe ausgelöst, nicht hingegen bei der Regierung.

Ohne Ethik geht nichts

Gemeinsam mit Harald Ebner leite ich die Arbeitsgruppe Biotechnologie und Bioethik. Diese AG ist etwas ganz Besonderes – sie ist die einzige, die mit Abgeordneten aus allen Arbeitskreisen besetzt ist. Harald ist für die grüne (Landwirtschaft) und ich für die rote (Menschen) Biotechnologie zuständig. Ich habe dafür zu sorgen, dass bei kontroversen bio-

ethischen Debatten unsere Abgeordneten alle Argumente kennen, denn es gibt keine Fraktionsentscheidungen. Selbstverständlich beziehe ich auch Position: zum Beispiel gegen die Einführung der Präimplantationsdiagnostik, da mit ihr vor einer Schwangerschaft eine Selektion von Embryonen nach „lebenswertem“ und „nicht lebenswertem“ Leben verbunden ist.

Wir GesundheitspolitikerInnen haben dafür gesorgt, dass die Entscheidung für oder gegen eine Organspende tatsächlich eine freiwillige bleibt. Jetzt geht es um die Aufklärung der Skandale und mehr öffentliche Kontrolle.

Aktuell gestalte ich die Debatten zur Beschneidung, zum Verbot bestimmter Formen der Beihilfe zum Selbstmord sowie zu Babyklappen/anonyme Geburt mit. Gemeinsam mit anderen Abgeordneten Sorge ich dafür, dass nach den Empfehlungen des Ethikrates zum Umgang mit intersexuellen Kindern endlich auch deren Rechte beachtet werden.

Seit Kurzem liegt der Entwurf einer EU-Verordnung für klinische Arzneimittelstudien vor. Dieser stößt auf umfassende Kritik, etwa weil die Schutzrechte für „Nichteinwilligungsfähige“ (Kinder oder Menschen mit geistiger Behinderung) deutlich beschnitten werden. Im Moment bemühe ich mich um eine interfraktionelle Initiative zur Nachbesserung.

Ich arbeite gern im grünen Team, suche Lösungen auch über Fraktionsgrenzen hinweg, so engagiere ich mich etwa im interfraktionellen Gesprächskreis für die Menschenrechte in Tibet. Andererseits kann ich hart angreifen und die Regierung in Bedrängnis bringen – in der nächsten Legislaturperiode möchte ich mit Euch unsere grünen Ideen umsetzen!

Wer mehr wissen möchte: <http://www.biggi-bender.de>





Agnieszka Brugger

Sprecherin für Abrüstungspolitik

Grüne Außen- und Friedenspolitik mit Herz und Verstand

Seite 10

Deutliche grüne Fußstapfen in der Außen- und Friedenspolitik im Bundestag zu hinterlassen und die grünen Konzepte in diesem Bereich weiterzuentwickeln – das waren meine Vorsätze, die ich beim Einzug in den Bundestag 2009 im Gepäck dabei hatte. Besonders am Herzen lag mir die Abrüstungspolitik und so habe ich die Vertretung der grünen Bundestagsfraktion im Unterausschuss Abrüstung übernommen und wurde zur Sprecherin für Abrüstungspolitik der Fraktion gewählt. Auch im Verteidigungsausschuss wollte ich für eine nachhaltige Friedens- und Sicherheitspolitik streiten und bin dort eines von vier grünen Mitgliedern. Frieden bedeutet mehr als nur die Abwesenheit von Gewalt, sondern auch die Chance auf ein gutes Leben durch globale Gerechtigkeit, ausreichend Nahrung und sauberes Wasser, Bildungschancen, ein funktionierendes Staatswesen und die Möglichkeit zu politischer Mitbestimmung. Gemeinsam mit meinen grünen KollegInnen habe ich für eine kohärente und ehrgeizige internationale Politik gestritten, die Außen- Sicherheits-, Friedens-, Europa- und Menschenrechtspolitik sowie Entwicklungszusammenarbeit zusammendenkt und das friedliche und gerechte Zusammenleben der Menschen weltweit in den Mittelpunkt stellt. Die doppelzüngige und von nationalen Interessen geleitete Außenpolitik von Schwarz-Gelb und die Vernachlässigung der zivilen Konfliktprävention und -bearbeitung boten mir und uns in den vergangenen drei Jahren mehr als genug Gelegenheiten für scharfe Kritik und eigene Initiativen. Im Folgenden möchte ich anhand einiger Themen zeigen, wie ich diese Ziele in den vergangenen drei Jahren im Bundestag umgesetzt habe.

Rüstungsexporte kontrollieren – Frieden sichern und Menschenrechte wahren!

Außenminister Westerwelle und Kanzlerin Merkel zeigen sich auf Auslandsreisen und in öffentlichen Verlautbarungen sehr geübt in der Rhetorik der Men-

schenrechte. Aber im gleichen Atemzug genehmigen sie Rüstungsexporte in Staaten, die die Menschenrechte mit Füßen treten. Deutschland exportiert massenweise Rüstungsgüter in alle Welt. Die Koalition sieht eine zentrale außenpolitische Aufgabe offenbar darin, die deutsche Rüstungsindustrie auf dem Weltmarkt zu unterstützen, selbst wenn die Waffen in Krisengebiete oder Staaten geliefert werden sollen, in denen Menschenrechte systematisch verletzt werden. Für mich heißt die Lehre aus dem arabischen Frühling vor allem: Mit der blinden Unterstützung autoritärer Systeme muss Schluss sein. In den letzten Jahren haben wir uns auch sehr selbstkritisch mit der rot-grünen Rüstungsexportpolitik auseinandergesetzt. Zusammen mit einigen KollegInnen in der Fraktion habe ich ein Positionspapier erarbeitet, in dem wir klare Regeln formulieren und fordern, Rüstungsexporte in Krisengebiete und Staaten mit Menschenrechtsverletzungen gesetzlich zu verbieten. Auch wenn enorme Widerstände zu erwarten sind, werde ich nicht nachlassen, mehr Transparenz und ein Ende undemokratischer Geheimhaltung in dieser Frage einzufordern und für eine strikte Begrenzung von Rüstungsexporten zu streiten. Außerdem muss die Rüstungsexportkontrolle in diesem Sinne auch auf europäischer Ebene dringend vereinheitlicht werden.

Konsequent abrüsten – mehr Frieden und Sicherheit für alle!

Deutschland darf durch Rüstungsexporte nicht zur globalen Aufrüstung beitragen, sondern muss Motor in der Abrüstung werden. Schwarz-Gelb hat nicht nur dabei versagt, den Abzug der in Deutschland stationierten US-Atomwaffen in die Wege zu leiten, sondern scheiterte auch daran, Abrüstung zu einer Kernaufgabe in der NATO zu machen. Gemeinsam mit der Frak-

Agnieszka Brugger
Sprecherin für Abrüstungspolitik
Mitglied Verteidigungsausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 / 227- 71570
Fax 030 / 227- 76195
agnieszka.brugger@bundestag.de

Wahlkreisbüro Ravensburg
Rosenstraße 39
88212 Ravensburg
Tel. 0751-3593966
agnieszka.brugger@wk.bundestag.de
www.agnieszka-brugger.de

Seite 11

tion habe ich in den letzten drei Jahren immer wieder Anträge in den Bundestag eingebracht, um die Bundesregierung dazu zu drängen, ihren Ankündigungen endlich Taten folgen zu lassen. Einem gemeinsamen Antrag mit der SPD schlossen sich nach harten Verhandlungen, in denen ich als abrüstungspolitische Sprecherin die grüne Fraktion vertreten habe, sogar die Regierungsfractionen an. Trotz des Rückhalts aus dem Parlament haben sich Merkel und Westerwelle aber vom Ziel eines atomwaffenfreien Deutschlands verabschiedet. Die NATO hält weiterhin am Konzept der nuklearen Abschreckung fest und behält sich die Option des Ersteinsatzes vor. Bei der Debatte zum neuen strategischen Konzept der NATO hat die grüne Fraktion in einem von mir initiierten Antrag ein starkes Engagement der NATO in der Abrüstung gefordert und einem europäischen Raketenabwehrschirm eine Absage erteilt.

Stattdessen werden die Atomsprengköpfe in Büchel modernisiert und der Verbleib dieser Waffen in Deutschland auf unabsehbare Zeit zementiert. Und das, obwohl sich Union und FDP den Abzug der US-Atombomben im Koalitionsvertrag zur Aufgabe gemacht haben. In Deutschland hat vor allem Verteidigungsminister de Maizière dafür gesorgt, dass die nukleare Abschreckung in den verteidigungspolitischen Richtlinien bleibt und die Bundeswehr Kampfflugzeuge des Typs Tornado und SoldatInnen für einen Atombombenabwurf bereithält. Die katastrophale abrüstungspolitische Bilanz von Schwarz-Gelb ist auch ein herber Rückschlag für die weltweite nukleare Abrüstung. Umso wichtiger ist es, dass wir weiter für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland kämpfen und diese urgrüne, friedenspolitische Forderung endlich wahr machen.

Wir richten unseren Blick auch auf andere Länder. Dabei hat mich die Sorge um das iranische Atomprogramm und das große Eskalationspotential in diesem Konflikt besonders umgetrieben. Für mich lautet die

zentrale Frage, wie unter allen Umständen eine militärische Eskalation vermieden und auf diplomatischem Weg ein friedlicher Ausweg aus der Krise und der Sackgasse der Sanktionsspirale gefunden werden kann. Um dieser Diskussion Raum zu geben, habe ich in der Bundestagsfraktion ein Fachgespräch unter dem Motto „Der iranische Atomkonflikt – Strategien für eine diplomatische Lösung“ initiiert und organisiert.

Grüner Einsatz für konsequente Abrüstung ist auch bei der Umsetzung des Verbots von Landminen und Streumunition dringend gefordert. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat gezeigt, dass sie nicht dazu in der Lage sind, ihre Verpflichtungen aus den internationalen Verbots-Abkommen nachzukommen. Noch immer gibt es eine eklatante Gesetzeslücke, die deutschen Banken und Versicherungen Investitionen in die Herstellung dieser menschenverachtenden Waffen ermöglicht. Die Bundesregierung schaut tatenlos zu und nimmt es sogar hin, dass durch die Riester-Rente solche Investitionen auch noch steuerlich subventioniert werden. Riestern für Streumunition – damit muss endlich Schluss sein. Ich habe im Bundestag für uns Grüne einen Antrag erarbeitet, der ein gesetzliches Verbot von Investitionen in Streumunition und Landminen fordert. Dabei habe ich nicht nur mit wichtigen Organisationen aus der Zivilgesellschaft eng zusammengearbeitet, sondern auch alle Fraktionen zur Mitarbeit eingeladen. Leider blieb es bei CDU und FDP nur bei Lippenbekenntnissen für den Schutz der Opfer. Doch hier ist kein Herz für Banken gefragt, sondern ein beherztes Eintreten für ein umfassendes Verbot dieser völkerrechtswidrigen Waffen. Gemeinsam mit SPD und Linken ist es uns gelungen, mit unserem Antrag ein klares Signal zu senden, das für uns auch im Fall einer Regierungsübernahme die unausweichliche Richtschnur ist.



Agnieszka Brugger

Sprecherin für Abrüstungspolitik

Fortsetzung

Seite 12

Gute Entwicklungszusammenarbeit – Grundlage für Frieden und Sicherheit!

Vor mehr als einem Jahrzehnt im Jahr 2000 hat die internationale Gemeinschaft auf dem Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen Ziele zur Bekämpfung von Hunger, Armut und der ungleichen Verteilung von Ressourcen sowie der Verbesserung von Bildungsmöglichkeiten vereinbart. Auch Deutschland hat damals zugesagt, 0,7 % seines Bruttonationaleinkommens in die Entwicklungszusammenarbeit zu investieren, um diese Ziele zu verwirklichen. Von der Einlösung dieser Zusage sind wir weit entfernt. In dieser Legislaturperiode haben wir mit Niebel einen Entwicklungshilfeminister erlebt, der vor allem dadurch auffiel, Parteifreunden in seinem Ministerium Posten zu verschaffen und Teppiche am Zoll vorbei ins Land zu bringen. In den vergangenen drei Jahren konnten wir mit unseren eigenen Konzepten und Ideen immer wieder die Unzulänglichkeit, die Inkohärenz und das mangelnde Engagement der schwarz-gelben Entwicklungspolitik verdeutlichen.

Bundeswehrreform aus grüner Sicht – das Militär zivilisieren!

Eine grundlegende Neuausrichtung der Bundeswehr ist in jeder Hinsicht überfällig. Eine ehrliche Analyse der Lage hätte bereits kurze Zeit nach Ende des Kalten Krieges zu der Erkenntnis führen müssen, dass die Bundeswehr sich von ihren Organisationsstrukturen aus der Zeit des Kalten Krieges verabschieden muss. Das Festhalten an einer mehrere hunderttausend Frau und Mann starken Wehrpflichtarmee mit absurden Beschaffungsstrukturen war weder sicherheitspolitisch noch finanziell zu rechtfertigen. Schwarz-Gelb hat es allerdings bei ihrer Reform versäumt, eine Debatte über die künftigen Aufgaben der Bundeswehr und die Grenzen des Militärischen an den Anfang zu

stellen. Dennoch musste die Bundesregierung einsehen, dass die Bundeswehr verkleinert und ihre Strukturen den tatsächlichen Aufgaben angepasst werden müssen.

Neben der Verkleinerung war der Umbau der Bundeswehr zur Freiwilligenarmee ein besonders drängender Schritt. Seit unserer Gründung haben wir Grünen für einen Abschied von der Wehrpflicht gekämpft und spätestens seit dem Ende des Kalten Krieges gab es kein einziges legitimes Argument für ihre Beibehaltung. Doch die Union – und übrigens auch die SPD – haben mit einer unglaublichen Sturheit an dieser überkommenen Wehrform festgehalten. In immer neuen Runden im Verteidigungsausschuss und in den Medien habe ich in meinen ersten beiden Jahren im Bundestag die Absurdität von zu Guttenbergs letztem Rettungsversuch der Wehrpflicht – ihre Verkürzung auf sechs Monate – verdeutlicht. Am Ende konnten sich unsere guten Argumente durchsetzen und so ist die Aussetzung der Wehrpflicht zum 1. Juli 2011 auch ein großer Erfolg für die grüne Beharrlichkeit.

Ein wichtiges Thema war und ist die Frage nach den Fürsorgeleistungen der Bundeswehr. Unabhängig davon, wie wir zu einem konkreten Einsatz stehen, kann es uns Abgeordneten nicht egal sein, was mit den Soldatinnen und Soldaten der Parlamentsarmee in einem Einsatz geschieht und wie die Bundeswehr mit ihnen umgeht. Für traumatisierte SoldatInnen und ehemalige strahlengeschädigte Radarsoldaten konnte das Parlament in seiner Gesamtheit deutliche Verbesserungen gegenüber der Bundesregierung durchsetzen, woran gerade auch unsere grünen Impulse und Anträge einen erheblichen Anteil hatten.

Die Bundeswehr ist keine Organisation wie jede andere und kann definitiv nicht mit den gleichen schrillen und bunten Mitteln für sich werben wie etwa ein Unter-

Agnieszka Brugger
Sprecherin für Abrüstungspolitik
Mitglied Verteidigungsausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 / 227- 71570
Fax 030 / 227- 76195
agnieszka.brugger@bundestag.de

Wahlkreisbüro Ravensburg
Rosenstraße 39
88212 Ravensburg
Tel. 0751-3593966
agnieszka.brugger@wk.bundestag.de
www.agnieszka-brugger.de

Seite 13

nehmen. Das sehen leider nicht alle in der Bundeswehr so. Die Verfehlungen in diesem Bereich habe ich scharf kritisiert. Ein Beispiel war ein YouTube-Video der Bundeswehr, das sich der Bildsprache eines Ballerspiels bediente, von dem sich nach meinem Protest selbst die Bundesregierung distanziert hat.

Grundsätzlich habe ich bei der Arbeit im Verteidigungsausschuss immer wieder die Gelegenheit gehabt, der Unverfrorenheit eines ehemaligen Verteidigungsministers zu Guttenberg die Stirn zu bieten. Konservative PolitikerInnen und BürgerInnen mochten es dabei vielleicht gar nicht gern sehen, dass ich als junge und noch dazu linke Frau ihrem Polit-Popstar, ob in der Debatte um die Wehrpflicht, in der Gorch-Fock-Affäre oder der Diskussion um seine Doktor-Arbeit, unverblümt seine Unfähigkeit und Verlogenheit vorhielt.

In Krisengebieten unterwegs – Im Dialog für den Frieden!

Zwei Konfliktregionen zeigen beispielhaft, wie Konfliktbearbeitung funktionieren kann und wie gerade nicht: Südsudan und Afghanistan. In beiden Regionen war ich als Abgeordnete auch auf Reisen unterwegs und habe mit lokalen AkteurInnen und zivilen und militärischen Einsatzkräften gesprochen. In Afghanistan wie in Südsudan haben mich die Menschen, die trotz Armut, Hunger und Gewalt an ihrer Zuversicht und an ihrem Glauben an eine bessere Zukunft festhalten und für diese Perspektive streiten, zutiefst beeindruckt.

Die internationalen Truppen in Afghanistan haben die Eskalation der Situation befördert, wodurch gleichzeitig der Rückhalt der Bevölkerung immer weiter schwand – wovon auch die zivilen Kräfte betroffen waren, während die Zustimmung zu den Aufständischen zunahm. Die Unterstützung des zivilen Aufbaus kam dagegen von Anfang an viel zu kurz. Ein Ereignis

wie das Bombardement der Tanklastzüge bei Kunduz in 2009 und der verantwortungslose Umgang damit, haben diesen Prozess noch befördert. Im Untersuchungsausschuss, der maßgeblich auf unsere Initiative hin zustande kam, konnten wir die schweren Fehler nach zwei Jahren und sehr vielen Zeugenvernehmungen analysieren und deutlich machen.

Die Mission der Vereinten Nationen in Südsudan – UNMISS – hat dagegen von Anfang an den Schutz der Zivilbevölkerung, die Menschenrechte und den Demokratieaufbau zum Ziel gehabt, anstatt Aufständische zu jagen. Dabei konzentriert sie sich auf zivile Mittel und respektiert die regionalen und lokalen Besonderheiten. UNMISS stellt somit wirklich eine Chance für den Frieden dar. Der Umfang der deutschen Unterstützung für diese Mission ist allerdings bei weitem nicht ausreichend. Dabei ist zudem die Vorbereitung der SoldatInnen auf eine VN-Mission wie UNMISS unzureichend, wie mir auch SoldatInnen vor Ort bestätigt haben. Nicht nur an dieser Stelle wird deutlich: Deutschland investiert insgesamt zu wenig finanzielle Mittel in die Arbeit der Vereinten Nationen und es fehlt auch der internationalen Ebene der politische Wille, die Vereinten Nationen zu einem zentralen und starken Akteur für eine friedlichere Welt zu machen.

Die Konflikte in beiden Ländern lassen sich mit Gewalt nicht lösen. Dafür, dass Deutschland den Fokus endlich auf eine ganzheitliche Konfliktprävention legt, sich auf die zivilen Mittel der Konfliktbearbeitung konzentriert und die Vereinten Nationen stärkt, will ich mich auch in den nächsten Jahren weiter einsetzen.

Das sind die Themen, die mich in den letzten Jahren besonders intensiv beschäftigt haben. Wir Grüne haben tolle Konzepte für eine nachhaltige, stimmige und gute Außen- und Friedenspolitik. Damit sie endlich Realität werden und





Harald Ebner

Sprecher für Agrogentechnik



Lebensgrundlagen erhalten – ohne Gentechnik wirtschaften

Seite 14

Nach unserem Wahlsieg und Regierungswechsel in Baden-Württemberg bin ich Ende Mai 2011 für Alex Bonde in den Bundestag nachgerückt. Dort hat mich die Bundestagsfraktion zu ihrem Agrogentechnik-Sprecher gewählt und in die Ausschüsse Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz sowie Verkehr, Bau und Stadtentwicklung entsandt. In diesen 18 Monaten habe ich mich intensiv mit den Gefahren und Folgen von Agro-Gentechnik und Pflanzenschutz aber auch mit Biodiversität und grüner Verkehrspolitik in Baden-Württemberg befasst.

Anbauzulassungen neuer Gentech-Pflanzen unterm Weihnachtsbaum?

Im Jahr 2012 gab es in Deutschland glücklicherweise keinen kommerziellen Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen. Aber das droht sich 2013 zu ändern: nach einer von uns eingeforderten Auskunft der Bundesregierung ist noch in diesem Winter mit der Anbauzulassung von drei Genmais-Linien durch die EU-Kommission zu rechnen. Zwei Genmais-Sorten produzieren selbst Insektizide und sind gleichzeitig herbizidtolerant, was in den USA zu höherem Pestizideinsatz geführt hat. Außerdem steht die Neuzulassung des Genmaises MON 810 an; das bisherige deutsche Anbauverbot wäre damit hinfällig. Es braucht jetzt klare Signale aus Politik und Gesellschaft, dass Gentech-Pflanzen auf deutschen Äckern nach wie vor unerwünscht sind. Der Beitritt Baden-Württembergs zum europäischen Netzwerk der gentechnikfreien Regionen ist ein wichtiger Beitrag dazu.

Angesichts der erheblichen Defizite in der Risikobewertung von Gentech-Pflanzen, die aktuell durch eine französische Fütterungsstudie bestätigt wurden, sind neue Anbau-Zulassungen ein Skandal. In der neuen Studie wurden erstmals die Auswirkungen einer Gentech-Fütterung über die gesamte Lebenszeit der Versuchstiere untersucht. Bisher sind

solche Fütterungsstudien in den Zulassungsverfahren nicht vorgeschrieben, lediglich in „Verdachtsfällen“ gibt es Untersuchungen über gerade mal 90 Tage. Die massive Kritik der Gentech-Lobby und der Europäischen Lebensmittelsicherheitsbehörde EFSA an der Studie ist wenig überraschend, aber vor allem unglaublich: fast alle Industriestudien, auf denen Zulassungserteilungen für Gentech-Pflanzen beruhen, haben die gleichen oder noch größere Mängel! Doch Schwarz-Gelb blendet die Risiken lieber aus. Es ist entlarvend, wenn die baden-württembergische FDP-Chefin Homburger sagt, man müsse bei der Gentechnik „mehr die Chancen als die Risiken sehen“. Die Risikobewertung bei Zulassungsverfahren müssen wir schleunigst reformieren. Es kann nicht sein, dass Angestellte von Gentechnik-Konzernen direkt in den Experten-Kommissionen des deutschen Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) oder der EFSA sitzen und für die Bewertung von Risiken mitverantwortlich sind! Außerdem werden nahezu ausschließlich die Studien der Gentechnik-Konzerne als Bewertungsgrundlage herangezogen. Das ist keine „wissenschaftsbasierte“ Risikoeinschätzung, das sind von Wirtschaftsinteressen beeinflusste Gefälligkeitsgutachten.

Gentechnik dreht Giftspirale nach oben

Das Unkrautgift Glyphosat (z. B. in „Roundup“ von Monsanto) spielt eine Schlüsselrolle beim Anbau von Gentech-Soja und Gentech-Mais in Amerika und wird auch immer häufiger in Deutschland angewendet. Mit einer Kleinen Anfrage, einem Antrag auf Aussetzung der Zulassung, Fachgesprächen und Veranstaltungen mit Betroffenen aus Südamerika, wie Sofia Gatica und Geronimo Arévalos, haben wir die Gefahren dieses weltweit meistproduzierten

Harald Ebner

Sprecher für Agrogentechnik, Mitglied Ausschuss
Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 / 227- 73025
Fax 030 / 227- 76025
harald.ebner@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Gelbinger Gasse 87
74523 Schwäbisch Hall
Tel. 0791 / 97 82 37 31
Fax 0791 / 97 82 37 33
harald.ebner@wk.bundestag.de
www.harald-ebner.de

Seite 15

Herbizidwirkstoffes für Mensch und Umwelt ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Studien belegen Krankheiten und Missbildungen an Embryonen sowie die Abnahme der Bodenfruchtbarkeit durch Glyphosat. Zudem steigt seit Jahren der Herbizidverbrauch bei Gentechnik-Pflanzen in den USA, weil immer mehr giftresistente Superunkräuter auftreten. Als „Lösung“ präsentieren Monsanto und Co. neue Gentechnik-Pflanzen, damit andere Gifte eingesetzt werden können. Schwarz-Gelb ignoriert diese Entwicklung ebenso wie die steigende Anwendung von Glyphosat in der deutschen Landwirtschaft auf öffentlichen Flächen und Privatgärten. Dabei lassen sich Glyphosat und seine Abbauprodukte zunehmend in deutschen Gewässern und mittlerweile selbst im Urin von Großstädtern nachweisen!

Kommission will Kennzeichnungspflicht für Gen-Pollen im Honig abschaffen

Agro-Gentechnik ist auch ein großes Problem für die Imker, die bislang im Gentechnikgesetz unberücksichtigt sind. Seit dem „Honig-Urteil“ des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) 2011 muss Gen-Pollen im Honig wie eine Zutat gewertet und damit gekennzeichnet werden. Doch über eine Änderung der Honigrichtlinie, versucht sich die EU-Kommission jetzt um die Konsequenzen des Urteils herum zu mogeln und Honig mit Gentechnik-Pollen dem Verbraucher heimlich unterzujubeln. Nach dem Brüsseler Vorschlag wäre Honig, selbst dann, wenn er ausschließlich Gen-Pollen enthält, nicht mehr kennzeichnungspflichtig! Zusammen mit Imkerverbänden machen wir Grüne in Bund und Ländern durch Anfragen und Anträge Druck gegen diesen perfiden Kommissionsplan.

Neben der Agro-Gentechnik bedrohen bienengefährliche Pestizide die Imkerei. Leider fällt die Bundesregierung auch bei diesem Thema durch Ignoranz und Tatenlosigkeit auf, wie die Antwort auf un-

sere Kleine Anfrage zu Neonicotinoiden zeigt. Diese Pestizidgruppe steht im dringenden Verdacht, eine schleichende Massenvergiftung von Insekten zu verursachen, mit verheerenden Folgen für die gesamte Nahrungskette von Vögeln und anderen Tieren.

Schwarz-Gelbe Blockade bei Agrarwende und Tierschutz

Dauerbrenner im Agrarausschuss ist die anstehende Reform der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik. Für uns Grüne ist klar, dass unsere Landwirtschaft ökologischer und tierfreundlicher werden muss. Doch die schwarz-gelbe Koalition ist weiterhin auf industrielle Intensivtierhaltung und Agrarexporte fixiert. Die Wortführer der Unions- und FDP-Fraktion diffamieren unsere vielfältige bäuerliche Landwirtschaft im Südwesten als „Museumslandwirtschaft“. Vorgaben für eine naturfreundliche Flächennutzung werden vom Deutschen Bauernverband als „Stilllegung“ und Gefährdung der globalen Ernährungssicherheit bekämpft. Dieses Pseudo-Argument ist zynisch, denn schon heute zerstören EU-Dumpingexporte die Erzeugerstrukturen in den Entwicklungsländern mit der Folge, dass es mehr und nicht weniger Abhängigkeit und Hunger gibt!

Wer den Welthunger wirklich bekämpfen will, muss Kleinbauern fördern und den übermäßigen Fleischkonsum in den Industrieländern angehen, denn bislang werden europäische Futtertröge überwiegend mit Gen-Soja aus Südamerika gefüllt. In Handel und Lebensmittelwirtschaft gibt es großes Interesse an gentechnik-freien Lebens- und Futtermitteln, trotzdem stellt die Bundesregierung kein Geld zur Bekanntmachung des von Ilse Aigner selbst eingeführten Qualitätssiegels „Ohne Gentechnik“ zur Verfügung.



Harald Ebner

Sprecher für Agrogentechnik

Fortsetzung

Seite 16

Ich habe deshalb mit einem Haushaltsantrag eine professionelle Kampagne mit einem Startvolumen von zwei Mio. Euro für dieses Siegel gefordert.

Statt Konsequenzen aus dem massenhaften Antibiotikamissbrauch in der Tierhaltung zu ziehen, begnügt sich Ministerin Aigner mit Kosmetik. Nach ihrem Gesetzentwurf wird der Antibiotikaeinsatz nicht reduziert, sondern der Status Quo zementiert. An krankmachenden Haltungsbedingungen ändert sich dagegen nichts. Tierschutz ist für Schwarz-Gelb nur ein Sonntagsredenthema. Das zeigt die Tierschutzgesetznovelle von Union und FDP, nach der z. B. der schmerzhafte Schenkelbrand bei Pferden erhalten bleibt und die betäubungslose Ferkelkastration erst 2018 verboten werden soll. Unser grüner Entwurf zum Tierschutzgesetz setzt Signale für tiergerechte Haltungsformen!

Biopatente – Parlamente müssen draußen bleiben?

Die Patentierung von Pflanzen und Tieren hat gravierende Folgen: eine beschleunigte Monopolisierung im Züchtungsbereich, Einschränkungen für Landwirte und Forscher und langfristig höhere Kosten für alle. Neben dem langjährigen Streit um unklare Bestimmungen der EU-Biopatentrichtlinie erfährt das Thema durch die Verhandlungen über ein europaweit gültiges „EU-Patent“ neue Brisanz. Weil das Europäische Parlament Änderungsdictate der Staatschefs nicht hingenommen hat, wollen 25 Mitgliedsstaaten den Bereich nun ohne „lästige“ parlamentarische Kontrolle in einem zwischenstaatlichen Vertrag neu regeln. Es droht der Verlust der Landwirte- und Züchterprivilegien und das Ende des heutigen „open source“-Systems der Pflanzenzüchtung, auf das Züchter zur Entwicklung neuer Sorten angewiesen sind.

Dies werden wir nicht hinnehmen, sondern weiter auf nationaler und europäischer Ebene gegen Bio-

patentierung und ihre Folgen sowie für Transparenz im Verfahren kämpfen. Ich habe mich mit Erfolg für einen interfraktionellen Antrag gegen Biopatente eingesetzt, der nicht nur vom Bundestag verabschiedet, sondern in Folge auch von den Parlamenten in den Niederlanden und Österreich behandelt wurde. Da ist es nicht akzeptabel, wenn die Regierungschefs der EU die Parlamente nun durch die Hintertür umgehen wollen.

Grüne Verkehrspolitik in Baden-Württemberg: Stuttgart 21 - kritische Begleitung bleibt dringend notwendig

Stuttgart 21 war von Anfang an schlecht geplant, zu teuer und schon gar nicht notwendig. Gerade der Respekt vor dem Ergebnis des Volksentscheids gebietet es aber, bei der Bundesregierung und der Deutschen Bahn AG weiterhin kritisch nachzufragen, ob die naturschutzrechtlichen Regelungen beim Bau berücksichtigt, der laufende Betrieb sicher gewährleistet und der Kostendeckel eingehalten werden kann. Zugentgleisungen, Mängel beim Brandschutz und das absehbare Überschreiten des Kostendeckels zeigen, wie dringend eine kritische bundespolitische Begleitung des Projekts ist. Seit Sommer 2011 habe ich vier Kleine Anfragen und sieben schriftliche Fragen zum Projekt S 21 gestellt. Die Bundesregierung verweigert aber stur jede Auskunft, weshalb wir Organklage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht haben.

Fluglärm-Staatsvertrag mit der Schweiz: Ramsauer muss liefern!

Im jahrelangen Fluglärmstreit um den Flughafen Zürich hatten wir nach der – allerdings nicht abgestimmten – Aufnahme der Verhandlungen durch

Harald Ebner

Sprecher für Agrogentechnik, Mitglied Ausschuss
Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 / 227- 73025
Fax 030 / 227- 76025
harald.ebner@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Gelbinger Gasse 87
74523 Schwäbisch Hall
Tel. 0791 / 97 82 37 31
Fax 0791 / 97 82 37 33
harald.ebner@wk.bundestag.de
www.harald-ebner.de

Seite 17

Bundesverkehrsminister Ramsauer auf eine für beide Seiten akzeptable Lösung gehofft. Aber der von Ramsauer vorgelegte Staatsvertragsentwurf ist zu den gegebenen Rahmenbedingungen nicht zustimmungsfähig. Die Schweizer Auslegungen bei der Mindestflughöhe, bei der Zahl der Anflüge von Norden und bei den geplanten Flugrouten lassen nicht erkennen, wo die notwendigen Verbesserungen für Südbaden liegen sollen. Es liegt nun an Ramsauer, die offenen Fragen umgehend zu klären. Wir werden kritisch beobachten, ob die CDU-Landesgruppe in Berlin hält, was sie in Waldshut verspricht. Sie haben es in der Hand, gemeinsam mit uns die Ratifizierung unter den gegebenen Vorzeichen im Deutschen Bundestag abzulehnen.

Rheintalbahn: Koalition zögert Abschaffung des Schienenbonus hinaus

Der Schienenbonus, der die Bahn vor teurem Lärmschutz schützt, muss weg, und zwar sofort! Meine Besuche in den betroffenen Ortschaften entlang der Rheintalstrecke haben mich in dieser Einschätzung bestätigt. Eines unserer wichtigsten verkehrspolitischen Ziele ist die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene. Umso mehr müssen die schon jetzt unzumutbaren Lärmbelastungen für die AnwohnerInnen konsequent vermindert werden. Nur mit der sofortigen Abschaffung des Schienenbonus stehen auch den AnwohnerInnen im Rheintal wirksame Lärmschutzmaßnahmen gesetzlich zu! Doch Koalition und Bundesregierung bleiben auf halber Strecke stehen. Sie wollen an der falschen Stelle sparen und den Bonus erst ab der nächsten Änderung des Bundesschienenwegeausbaugesetzes (BSWAG) – also wahrscheinlich nicht vor 2017 abschaffen. Alle vorher begonnenen Planfeststellungsverfahren dürfen dann noch mit dem „alten“ Schienenbonus gebaut werden. Also würden noch in 30 bis 40 Jahren Projekte ohne entsprechenden Lärmschutz fertiggestellt. Das tragen wir nicht mit! Unser Änderungsan-

trag zum Gesetz fordert daher die sofortige Abschaffung des Schienenbonus.

Und wie geht es weiter?

Die Agro-Gentechnik ist eine Hochrisikotechnologie wie die Atomkraft und hat keinen Platz in einer zukunftsfähigen Landwirtschaft. Daseinsvorsorge, Mobilität und Lebensqualität gerade im ländlichen Raum dürfen nicht unter die Räder kommen. Deshalb möchte ich mit Euch und für Euch im Bundestag weiter dafür kämpfen, dass uns die Horrorvision des „Stummen Frühlings“ erspart bleibt und auch unsere Urenkel noch Wildblumenwiesen mit Bienen, Schmetterlingen und Kühen auf der Weide vorfinden. Die anstehenden Anbauzulassungen für Gentech-Pflanzen sind eine Gefahr, gegen die wir uns gemeinsam wehren müssen! Bis zur echten Agrarwende müssen noch viele Widerstände und Ängste überwunden werden; dieses Ziel können wir nur gemeinsam erreichen. Die bisherige Arbeit hat mir meist sehr viel Spaß gemacht, oft habe ich mich aber auch geärgert, wenn in Hinterzimmern gemauschelt und der Lobbyfilz unter den Teppich gekehrt werden sollte.

Seit meinem Einzug in den Bundestag habe ich nicht nur im Plenum und Ausschüssen, sondern auch bei Verbänden, in Kinosälen, bei vielen Veranstaltungen in ganz Baden-Württemberg und darüber hinaus für vielfältige Ökosysteme und grüne Lösungen geworben. Ihr habt mich in den letzten Monaten bei grünen Veranstaltungen in Stadt und Land unterstützt und mir geholfen, unsere Inhalte in die Öffentlichkeit zu tragen. Dafür danke ich Euch. Ich möchte diese Arbeit auch in den nächsten Jahren gerne fortsetzen und mit Euch insbesondere im kommenden Wahlkampf in gemeinsamen Veranstaltungen vor Ort für den überfälligen Regierungswechsel im Bund kämpfen.



Ingrid Hönlinger

Sprecherin für Demokratiep politik

2013: Das Jahr der Grünen Wende in Berlin Vier Jahre schwarz-gelbe Regierung sind genug

Seite 18

Liebe Freundinnen und Freunde,

unser gemeinsames politisches Ziel ist die Ablösung der schwarz-gelben Regierungskoalition. Vier Jahre schwarz-gelbe Klientelpolitik sind genug, vier Jahre Armutsentwicklung in Deutschland müssen beendet werden, vier Jahre Schnecken tempo im Justizministerium sind vier Jahre zu viel. Vier Jahre Merkel, Rösler, Niebel, Schröder, das sind vier verlorene Jahre.

Als Obfrau unserer Fraktion im Rechtsausschuss des Bundestages konnte ich dazu beitragen, grüne Rechtspolitik nach vorne zu bringen, schwarz-gelbe Initiativen abzumildern oder zu verhindern. Rechtspolitik ist ein Querschnittsthema: Von der Umsetzung von internationalen Verträgen über Europa recht bis hin zum kleinsten Paragraphen in unseren nationalen Gesetzen – über alles wird im Rechtsausschuss entschieden. In diesem Ausschuss habe ich viele Möglichkeiten mit rechtspolitischen Maßnahmen Grüne Ziele voranzutreiben. Grüne Akzente konnte ich in wichtigen Bereichen setzen, dazu gehören das Familienrecht, Verbraucherrecht, Mietrecht, Arbeits- und Wirtschaftsrecht.

Aber erst wenn wir Grüne Regierungsverantwortung haben, können wir grüne Politik nachhaltig umsetzen. Wir brauchen einen neuen Aufbruch in Deutschland, damit ein frischer Wind nicht nur mehr Windräder antreibt, sondern auch den schwarz-gelben Koalitions muff wegbläst und Platz schafft für neue Ideen.

Zugang zum Recht für alle wahren

Wir haben in Deutschland einen sehr hohen

Rechtsstandard. Rechte sind allerdings nur dann wirkungsvoll, wenn die Bürgerinnen und Bürger sie auch in Anspruch nehmen können. Zu einem ausgewogenen Rechtsstaat gehört, dass der Zugang zur Justiz jeder und jedem Einzelnen offen steht.

Wer sich einen Anwalt oder ein Gerichtsverfahren finanziell nicht leisten kann, muss staatliche Hilfe in Anspruch nehmen können. Ich setze mich deshalb dafür ein, dass unser System der Prozesskosten- und Beratungshilfe bestehen bleibt. Eine Beschränkung würde die Möglichkeiten der finanziell Schwächeren, zu ihrem Recht zu kommen, verringern. Einer solchen Zweiklassen-Justiz trete ich entschieden entgegen. Der Zugang zum Recht muss allen Bürgerinnen und Bürgern offen stehen, unabhängig von ihrer finanziellen Situation.

Justiz stärken

Das Grundgesetz legt die Justiz in die Hände des Staates. Jeder hat das Recht auf einen gesetzlichen Richter, den Anspruch auf rechtliches Gehör und auf ein faires Verfahren. Die Unabhängigkeit der Rechtsprechung von privaten Interessen ist nicht zu unterschätzen. Gerade im internationalen Vergleich zeigt sich, dass eine unabhängige Justiz nicht selbstverständlich ist. Eine starke Justiz ist aber nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger, sondern auch für die Wirtschaft von großer Bedeutung. Zuverlässig und kostengünstig zu seinem Recht zu kommen, ist ein Qualitätsmerkmal von Justiz und Recht „Made in Germany“.

Ingrid Hönlinger
Sprecherin für Demokratiep politik
Mitglied Rechtsausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 / 227- 73064
Fax 030 / 227- 76064
ingrid.hoenlinger@bundestag.de

Wahlkreisbüro Ludwigsburg
Marktplatz 2
71634 Ludwigsburg
Tel. 07141 / 6887885
Fax 07141 / 6887881
ingrid.hoenlinger@wk.bundestag.de
www.ingrid-hoenlinger.de

Seite 19

Um die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Justiz noch effektiver zu gestalten, habe ich mich für die Beschleunigung von Gerichtsverfahren eingesetzt. Die Transparenz von Verfahrensabläufen können wir aber noch steigern, indem wir der Justiz mehr Möglichkeiten zur Selbstverwaltung einräumen. Eine Möglichkeit die Justiz zu entlasten sehe ich darin, alternative Verfahren der Konfliktlösung stärker zu etablieren. Diese tragen nicht nur zu weniger Gerichtsverfahren bei, sondern fördern auch eine neue eigenverantwortliche Streitkultur in Deutschland.

Hohe Rechtsstandards in Europa erhalten

Meine Mitgliedschaft im Unterausschuss Europarecht des Bundestages führt mir immer wieder deutlich vor Augen, wie stark unser deutsches Recht inzwischen durch europäische Rechtsetzung geprägt ist. Im Unterausschuss Europarecht und im Rechtsausschuss diskutieren und beschließen wir, welche Forderungen des Bundestages die Bundesregierung auf europäischer Ebene vorantreiben soll. Traditionell stehen wir Grüne und auch ich persönlich der europäischen Integration positiv gegenüber. Wir arbeiten stetig an der Verbesserung unseres deutschen Rechts und greifen Anregungen von europäischer Seite auf. Wichtig ist mir dabei, einen angemessenen Ausgleich, zum Beispiel zwischen Verbrauchern und Unternehmern, zu erhalten.

Unter dem Aspekt unsere hohen nationalen Rechtsstandards zu erhalten, stehe ich allerdings dem EU-Kommissionsvorschlag eines Gemeinsamen Europäischen Kaufrechts kritisch gegenüber. Ich meine, dass dieses einen zu weitgehenden und

noch nicht ausreichend durchdachten Eingriff in unser nationales Zivilrecht darstellt. EU-Recht darf nicht zu einer Verschlechterung der nationalen Standards führen.

Recht diskriminierungsfrei gestalten

Im Bereich Familie hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg festgestellt, dass die deutsche Regelung zum Sorgerecht für unverheiratete Väter eine ungerechtfertigte Benachteiligung gegenüber Müttern und verheirateten Vätern darstellt. Auf diese Entscheidung des Gerichtshofs haben ich und meine KollegInnen aus der AG Neue Familienbeziehungen schnell reagiert und im Bundestag beantragt, dass den nicht verheirateten Vätern eine niedrig schwellige Antragsmöglichkeit beim Jugendamt eingeräumt wird. Unsere Initiative stammt vom Oktober 2010. Zwei Jahre später ist die Bundesregierung unserem Antragsmodell mit einem sehr ähnlichen Gesetzesvorschlag gefolgt. Das zeigt: Gutes setzt sich durch, bei schwarz-gelb jedoch zu selten – oder zu langsam.

Auch in anderen Bereichen der Familienpolitik setze ich mich konsequent für eine diskriminierungsfreie Politik ein. Das Recht darf nicht zwischen verheirateten und unverheirateten oder zwischen verschieden- und gleichgeschlechtlichen Paaren unterscheiden. Denn aus der Perspektive von Kindern ist unerheblich, welche Lebensform ihre Eltern gewählt haben.

Außerdem ist es mir wichtig, dass das Ehegattensplitting, das volle Adoptionsrecht und das Recht



Ingrid Hönlinger

Sprecherin für Demokratiepolitik

Fortsetzung

Seite 20

auf Eheschließung auch für gleichgeschlechtliche Paare gelten. Für die Gleichstellung von Frauen und Männern setze ich mich ebenfalls ein. Frauen sind in den Führungspositionen von Wirtschaft, Verwaltung, Politik und Justiz noch immer unterrepräsentiert und verdienen für gleichwertige Arbeit erheblich weniger als Männer. Das müssen wir – im Interesse von Frauen und Männern – auf allen Ebenen ändern.

Menschenrechte achten

Mittwochs in den Sitzungswochen vertrete ich unsere Fraktion im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Bundestages. Dieser Teil meiner Abgeordnetentätigkeit ist mir, auch wegen meiner langjährigen Mitgliedschaft bei Amnesty International, ein besonderes Anliegen. Und natürlich gibt es viele Bezüge und Querverbindungen zwischen Rechtspolitik und Menschenrechtspolitik.

Im Fall von Brigitte Heinisch, einer Pflegekraft aus Berlin, die Missstände in ihrer Pflegeeinrichtung öffentlich angeprangert hatte, hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte festgestellt, dass die daraufhin erfolgte Kündigung gegen das Recht auf Meinungsfreiheit verstößt.

Dies war mit ein Anlass dafür, dass ich den Gesetzentwurf zum Schutz von Hinweisgeberinnen und Hinweisgebern (sogenannten Whistleblowern) in den Bundestag eingebracht habe. Mit diesem Gesetz möchte ich einen angemessenen Ausgleich zwischen den Interessen von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und betroffener Öffentlichkeit schaffen.

Beziehungen zu Lateinamerika pflegen

Der Schutz der Menschenrechte spielt auch eine zentrale Rolle in den Gesprächen, die ich in meiner Eigenschaft als Vorsitzende der überfraktionellen deutsch-südamerikanischen Parlamentariergruppe wahrnehme. Die vergangenen Jahre habe ich genutzt, um die Themen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Weltklima, erneuerbare Energien und Kultur bei den Treffen mit südamerikanischen Kolleginnen und Kollegen sowie mit Vertreterinnen und Vertretern von Nichtregierungsorganisationen nach vorne zu bringen. Anfang November besucht eine Delegation von chilenischen Abgeordneten und Senatoren Baden-Württemberg und Berlin. Gesprächsthemen werden für uns Bildungs-, Wirtschafts- und Umweltfragen, aber auch die Aufarbeitung der Militärdiktatur sein. Natürlich werde ich die erneuerbaren Energien ebenfalls thematisieren und die chilenische Delegation zum ersten Windrad im Kreis Ludwigsburg – nach Ingersheim – führen.

Demokratie beleben

Als Sprecherin der Bundestagsfraktion für Demokratiepolitik setze ich mich dafür ein, dass mehr Beteiligungsrechte auf Bundesebene und auf europäischer Ebene eingeführt werden. Die Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheiden in das Grundgesetz ist als Forderung so alt wie wir Grünen. Und doch, unsere Forderung ist aktueller denn je. Derzeit erarbeite ich hierzu ein Positionspapier. Der Gesetzentwurf der Fraktion muss auf die Höhe der Zeit gebracht werden, um den gegenwärtigen Entwicklungen Rechnung zu tragen.

Ingrid Hönlinger
Sprecherin für Demokratiepolitik
Mitglied Rechtsausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 / 227- 73064
Fax 030 / 227- 76064
ingrid.hoenlinger@bundestag.de

Wahlkreisbüro Ludwigsburg
Marktplatz 2
71634 Ludwigsburg
Tel. 07141 / 6887885
Fax 07141 / 6887881
ingrid.hoenlinger@wk.bundestag.de
www.ingrid-hoenlinger.de

Seite 21

So will ich etwa, dass Initiativvorschläge aktuell bleiben und damit den Bürgerwillen auch tatsächlich widerspiegeln. Wichtig ist mir zudem, für die direktdemokratische Gesetzgebung, wie auch für die parlamentarische Gesetzgebung, Vorschriften für den Minderheitenschutz sowie Transparenz- und Korruptionsbekämpfungsregeln aufzustellen. Mit der grün-roten Regierung in Baden-Württemberg sehe ich die Notwendigkeit, die Hürden für direktdemokratische Elemente in unserem Bundesland abzusenken.

Die Menschen in Stuttgart mussten erleben, was es heißt mit einer Kultur der „Bastapolitik“ Planungsentscheidungen aufgedrückt zu bekommen. Ich möchte, dass künftig Planungsentscheidungen nur nach einer breiten und frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung getroffen werden. Das spart nicht nur Kosten, sondern fördert auch die Akzeptanz für Projekte. Ich setze mich nicht nur dafür ein, dass Planungsprozesse transparent sind, sondern auch dafür, dass die Pflicht zur Dokumentation von Bürgerbeteiligung und die Pflicht zur Aufbereitung komplexer Sachverhalte etabliert werden. Auf diese Weise will ich erreichen, dass sich Menschen, deren täglich Brot nicht das Planen von Projekten ist, ebenfalls an Entscheidungen beteiligen. Pflichtverletzungen bei der Öffentlichkeitsbeteiligung sollten unter bestimmten Umständen auch gerichtlich geltend gemacht werden können.

Engagement gegen Rechts steigern

Demokratiep politik bedeutet auch Engagement gegen Rechts. Als Mitglied im Kuratorium der Bundeszentrale für politische Bildung habe ich ein besonderes Augenmerk auf die Aufklärungsarbeit gegen rechtsextremistisches Gedankengut gelegt. Demo-

kratiebildung ist, neben der Reform der Geheimdienste und einem etwaigen NPD-Verbotsantrag, ein bedeutsames Mittel im Kampf gegen Rechts. Die Analyse der Ergebnisse des NSU-Untersuchungsausschusses zeigt erschütternde Defizite und belegt einen erheblichen Reformbedarf. Er erstreckt sich von einer Neuordnung der Aufgabenzuschnitte, der geheimdienstlichen Befugnisse, der personellen Ausstattung, der Zusammenarbeit von Bund und Ländern bis hin zu einer Reform der Kontrollmechanismen. Wir brauchen hier einen kompletten Neuanfang.

Liebe Freundinnen und Freunde,

in den letzten drei Jahren konnte unsere Grüne Bundestagsfraktion viele wichtige politische Impulse setzen. Grüne Politik konkret umsetzen lässt sich nur durch eine Regierungsbeteiligung. Wir alle sollten im kommenden Jahr dazu beitragen, dass wir Grünen so stark werden, wie irgend möglich. Ich werde meinen Beitrag leisten für ein gerechtes Rechtssystem, für eine starke Justiz, für hohe Rechtsstandards in Europa, für Schutz vor Diskriminierung und eine echte Gleichstellung von Frauen und Männern, für die bedingungslose Achtung der Menschenrechte hier und anderswo, für eine gute Zusammenarbeit mit Lateinamerika, für eine lebendige Demokratie und für eine klare Absage an rechtsextreme Tendenzen. Lasst uns gemeinsam kämpfen für eine zukunftsfähige, gerechte und freiheitliche Republik.

Weitere Einzelheiten zu meinen politischen Aktivitäten findet Ihr auf meiner Homepage www.ingrid-hoenlinger.de

Mit herzlichen grünen Grüßen

Eure Ingrid





Memet Kilic

Sprecher für Migrations- und Integrationspolitik
Sprecher für Bürgeranliegen

Innenausschuss-Bilanz, NPD-Verbot, Beschneidung und Betreuungsgeld

Seite 22

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Ausgabe möchte ich eine Bilanz der innenpolitischen Themen ziehen. Anschließend teile ich Euch meine Meinung zu einem möglichen NPD-Verbotsverfahren sowie zur religiösen Beschneidung mit und berichte über eine Kampagne von Migrantenselbstorganisationen gegen das Betreuungsgeld.

In den drei Jahren hatten wir bereits zwei Bundesinnenminister. Angefangen haben wir mit Herrn De Maizière, der nach Jung und zu Guttenberg nun der dritte Verteidigungsminister in dieser Legislaturperiode geworden ist. De Maizière war nur sehr kurz Innenminister. Dabei hat er wenig Fehler gemacht, wobei er auch kaum etwas umgesetzt hat. Sein Nachfolger Hans-Peter Friedrich ist ins Amt gestolpert. Anfangs dachte ich, dass die Union mit ihm einen Scharfmacher für den nächsten Wahlkampf als Innenminister haben möchte. Jedoch hat sich herausgestellt, dass er nur eine Notlösung war, da die Union sonst niemanden für die Stelle gefunden hat. Häufig kann man ihm ansehen, dass er selbst mit seiner neuen Aufgabe unzufrieden ist.

Im ersten Jahr der Legislaturperiode wurde die Bevölkerung durch Terrorwarnungen in Angst versetzt. Diese Gefahr war im Innenausschuss ein zentrales Thema. Einige Unionspolitiker sind dabei in gesetzgeberischer Hinsicht in Hysterie verfallen. Sie forderten erneut eine anlasslose Speicherung sämtlicher Telefon-, Handy- und Internetdaten auf Vorrat. Die Vorratsdatenspeicherung ist eine Gefahr für das private und selbstbestimmte Leben aller Bürgerinnen und Bürgern. Unsere Fraktion hat sich deutlich gegen die Vorratsdatenspeicherung positioniert. Dieses Thema hat zu einem weiteren Streit innerhalb der schwarz-gelben Bundesregierung geführt.

Ein weiteres großes Thema war die Migrationspolitik, vor allem die Äußerungen eines SPD-Mitgliedes:

Thilo Sarrazin. Auch wenn es eine Beleidigung ist, sich mit Sarrazins dummen Thesen auseinandersetzen zu müssen, haben wir uns lange Zeit fast täglich dazu geäußert. Sarrazin hat Migrantinnen und Migranten mehrfach pauschal vorgeworfen, sich nicht integrieren zu wollen. Damit hat er gezeigt, dass er sich lieber auf seine volkswirtschaftlichen Fähigkeiten konzentrieren sollte, als sich zum Genforscher und Integrationsexperten aufzuschwingen. Er hat Menschen mit ausländischen Wurzeln genetisch bedingte Dummheit vorgeworfen, über vererbte Intelligenz und das Aussterben der Deutschen schwadroniert. Das ist offener Rassismus und trifft nicht nur die hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund, sondern die gesamte Gesellschaft. Denn unsere freiheitliche Demokratie mit dem ihr zugrunde liegenden humanen Menschenbild steht seinen Thesen konträr entgegen. Die Probleme die in unserer Gesellschaft vorhanden sind, werden wir gemeinsam bewältigen nicht gegeneinander. Es freut mich zu sehen, dass Sarrazin von allen Seiten Kritik erfahren hat und die rassistischen Ressentiments heute nicht mehr salonfähig sind. Allerdings hat mich überrascht, dass angesichts der anhaltenden Kritik, die SPD Sarrazin in der Partei behalten hat. Vor allem die Migrantinnen und Migranten nehmen das der SPD sehr übel. Anscheinend war der Rassist Sarrazin ein Wegbereiter für weitere Populisten, wie Herrn Buschkowsky. Es sieht so aus, als ob die Integrations-Debatte uns weiterhin intensiv beschäftigt wird.

Während der Landtagswahlkämpfe haben konservative Politiker häufig versucht, gegen Eingewanderte Stimmung zu machen, so auch Stefan Müller

Memet Kilic

Sprecher für Migrations- und Integrationspolitik und
Sprecher für Bürgeranliegen
Mitglied Innenausschuss und Petitionsausschuss
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 / 227- 73277
Fax 030 / 227- 76277
memet.kilic@bundestag.de

Wahlkreisbüro Pforzheim/Enzkreis

Hohenstaufenstr. 11
75177 Pforzheim
Tel. 07231/ 7769507
Fax 07231/ 7769508
memet.kilic@wk.bundestag.de
www.memet-kilic-gruene.de

Seite 23

von der Union. Als diese Politiker immer wieder Sanktionen für vermeintliche Integrationsverweigerer forderten, bezogen sie sich auf frei erfundene Zahlen des damaligen Bundesinnenministers De Maizière, nach denen es angeblich 15 Prozent Integrationskursverweigerer geben soll. Durch meine Schriftliche Frage an die Bundesregierung kam heraus, dass die Zahl aus der Luft gegriffen war. Nach Angaben des Präsidenten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) liegt die Zahl der Integrationskursverweigerer bei nur etwa einem Prozent. Aus welchen Gründen die Teilnehmenden ihren Kurs abbrechen, ist nicht bekannt. Es können gesundheitliche Gründe oder die Aufnahme einer Arbeit zu einer berechtigten Aufgabe des Kurses geführt haben. Daher ist es logisch, dass kaum Sanktionen verhängt werden. Ich befürchte, dass die Union auch bei der bevorstehenden Bundestagswahl Ihre Politik auf dem Rücken der Eingewanderten austragen wird.

Als die rechtsextremistische Mordserie bekannt und der Innenausschuss erstmals darüber aufgeklärt wurde, stand für mich fest: Wir haben keinen Überwachungsstaat, zumindest nicht, was den Rechts extremismus betrifft. Angesichts dieser terroristischen Mordfälle sehe ich meine jahrzehntelang öffentlich kundgetane Befürchtung bestätigt. Ich habe immer wieder erlebt, dass die Sicherheitsbehörden bei der Verfolgung von Straftaten einen rechtsextremistischen Hintergrund ausschlossen, noch bevor sie am Tatort angelangt waren. Sie wurden von der Politik dazu verleitet, weil sich die Politik schon immer große Sorgen um das Image der Bundesrepublik Deutschland auf der internationalen Bühne gemacht hat. Dieses Image war ihr wichtiger als die Opfer des Rechtsextremismus. Um das eigene Ansehen in der Welt zu schützen, hat der Staat die Sicherheitsbehörden dazu gebracht, rechtsextremis-

tische Straftaten nicht als solche zu behandeln. Sie werden regelmäßig als einfache Beleidigungen oder Schlägereien in die Kriminalstatistik aufgenommen. Die Differenz bei den entsprechenden Mordfällen seit 1990, die einen sprechen von 49 Mordfällen, andere von 183 Mordfällen, konnte uns niemand erklären.

Das Vertrauen insbesondere der EinwanderInnen in den Rechtsstaat ist in seinen Grundfesten erschüttert. Viele von ihnen sind entsetzt, wie vorurteilsbe-laden die Sicherheitsbehörden in der Vergangenheit ermittelt haben. Sobald ein Einwanderer ermordet wurde, haben die Sicherheitsbehörden lieber die Frage gestellt, ob es sich um ein Drogengeschäft oder um einen Ehrenmord handelt. Darüber hinaus haben die Sicherheitsbehörden ihre eingeschränkte Sichtweise auch noch mit solchen Begriffen wie der Ermittlungsgruppe „Bosporus“ oder „Döner-Morde“ unterfüttert. Es ist ein wichtiger Einschnitt, dass ab jetzt nicht mehr die Einwanderer in Erklärungsnot stecken, sondern die Sicherheitsbehörden.

Die vollständige Aufklärung dieser Mordserie ist mir besonders wichtig. Deshalb nehme ich auch an den Sitzungen des NSU-Untersuchungsausschusses regelmäßig teil. Der Ausschuss arbeitet mit großem Engagement auf Hochtouren. Jedoch wird es zeitlich nicht möglich sein, in dieser Legislaturperiode noch alle vorhandenen Akten zu sichten und die vielen wichtigen Zeugen zu hören. Wir können bis Mitte 2013 Vorschläge zur Neustrukturierung der Sicherheitsarchitektur unseres Landes machen. Aber eine vollständige Aufklärung der konkreten Fälle wird wohl erst in der nächsten Legislaturperiode erfolgen.



Memet Kilic

Sprecher für Migrations- und Integrationspolitik
Sprecher für Bürgeranliegen

Fortsetzung

Seite 24

NPD-Verbot

Seit Bekanntwerden des rechtsextremistischen Terrors steht die Politik unter Druck, sichtbar gegen Gewalt von Rechts vorzugehen. Nach der Mordserie und dem Versagen der Sicherheitsorgane möchte sich die Politik handlungsfähig zeigen. Dieses Verhalten ist verständlich. Das „Gemeinsame Abwehrzentrum Rechts“ wurde eingerichtet. Die Zentraldatei „Rechtsextremismus“ startete im September. Führungspersonen der Sicherheitsbehörden mussten ihre Tische räumen und der Umbau des Verfassungsschutzes wird breit diskutiert. Angesichts neuer Erkenntnisse zu den Verbindungen zwischen NPD-Mitgliedern und den Mördern des NSU steht das NPD-Verbot auf der Tagesordnung. Seit April 2012 sammeln die Innenminister hierfür Beweismaterial. Spätestens bis Ende des Jahres soll das gesamte Material überprüft werden, um über einen Verbandsantrag entscheiden zu können. Gleichzeitig haben Bund und Länder sich darauf geeinigt, alle V-Leute auf den Führungsebenen der NPD „abzuschalten“. Die Politik traut sich aber nicht die V-Leute vollständig abzuschalten. Denn bei einem Scheitern des Verbandsverfahrens würden diese Leute wieder benötigt. Es ist schwer erträglich, dass eine demokratie- und menschenrechtsfeindliche Partei vom Parteienprivileg profitiert. Trotzdem müssen wir kritisch hinterfragen, welche Vorteile selbst ein erfolgreiches Verbandsverfahren mit sich bringen würde. Verbandsfeindliche Ideologie lässt sich nicht einfach durch ein Parteiverbot in Luft auflösen. Ob Menschen mit rechtsextremistischen Überzeugungen sich überhaupt von einem Parteiverbot beeindruckt lassen, bezweifle ich. Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass sich diese Menschen entweder in einer neuen Partei oder – noch schlimmer – im Untergrund organisieren. Rassismus kann nur mit allseitigen Konzepten bekämpft werden. Dabei müssen wir nicht nur die Erscheinungsformen, son-

dern auch die Ursachen bekämpfen. Statt den Kampf gegen Rechtsextremismus auf ein NPD-Verbot zu beschränken, sollten wir der Gefahr von Rechts im offenen Diskurs begegnen und dabei die gesamte Gesellschaft einbinden. Statt linke Abgeordnete zu beobachten, sollten die Sicherheitsbehörden die Bürgerinnen und Bürger vor den Taten gewaltbereiter Rechtsextremisten schützen. Zivilgesellschaftlichen Initiativen im Kampf gegen Rechts werden mit der Extremismusklausel Steine in den Weg gelegt. Stattdessen sollte die Bundesregierung das bürgerschaftliche Engagement angemessen finanziell unterstützen und deren Erkenntnisse in die Arbeit der Sicherheitsbehörden einbeziehen. Die Initiativen und einschlägigen Forschungsstellen haben oft größeres Wissen über die rechte Szene als die zuständigen Behörden. Dieses Wissen müssen sich die Sicherheitsbehörden zu Nutze machen, um gezielt und effizient vorgehen zu können. Wir brauchen mehr Aufklärung und Sensibilisierung, mehr politische Bildung und Demokratieerziehung in Schulen, Universitäten, Berufsschulen, Vereinen und Behörden. Dazu sind wir nur in der Lage, wenn die Bevölkerung, die Sicherheitskräfte, die Medien und die Politik entschieden handeln. Die Verteidigung der freiheitlich demokratischen Grundordnung erfordert das Engagement aller Bürgerinnen und Bürger.

Religiöse Beschneidung

Im Schnellverfahren wurde ein parlamentarischer Antrag zur männlichen Beschneidung beschlossen. Die Bundesregierung hat infolgedessen einen Gesetzentwurf zur Zulässigkeit der Beschneidung vor-

Memet Kilic

Sprecher für Migrations- und Integrationspolitik und
Sprecher für Bürgeranliegen
Mitglied Innenausschuss und Petitionsausschuss
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 / 227- 73277
Fax 030 / 227- 76277
memet.kilic@bundestag.de

Wahlkreisbüro Pforzheim/Enzkreis

Hohenstaufenstr. 11
75177 Pforzheim
Tel. 07231/ 7769507
Fax 07231/ 7769508
memet.kilic@wk.bundestag.de
www.memet-kilic-gruene.de

Seite 25

gelegt. Das Ziel dieses Schnellverfahrens ist meines Erachtens, eine Diskussion über das „ob“ abzuwürgen und die Debatte auf das „wie“ einer Beschneidung zu konzentrieren. Diese Vorgehensweise war für mich angesichts des Holocaust und des neuen jüdischen Lebens in Deutschland verständlich und nachvollziehbar. Jedoch überraschte mich das geringe Verständnis vieler Abgeordneter für das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit. Ebenso wird zu wenig das Kindeswohl als universell geltendes Menschenrecht berücksichtigt. Zudem finde ich dieses Verhältnis zu den Religionsgemeinschaften für einen säkularen Staates äußerst unpassend.

Es hat mich auch verwundert, mit welcher Vehemenz die weltweiten jüdischen und muslimischen Verbände auf die aktuelle Beschneidungsdebatte in Deutschland Einfluss nehmen. Im Nachhinein ist mir klar geworden, dass die Verbände die weltweiten Diskussionen schon erahnten. Sie dachten wohl, sie könnten die Verbotsdiskussionen am besten in Deutschland abwürgen, weil Deutschland eine besondere Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk trägt.

Unsere Fraktion hat ein Fachgespräch zu diesem sensiblen, grundrechtsrelevanten Thema veranstaltet. Von der Bundesregierung würde ich anstelle dieses Schnellverfahrens zumindest öffentliche Anhörungen erwarten. Auch ihr Ziel ist es, die parlamentarischen Diskussionen bewusst auf bestimmte Punkte zu beschränken. Offenbar steht sie unter dem Druck des Vorwurfs, dass ausgerechnet Deutschland - als einziges Land - die jüdische Tradition in Frage stellt. Dieser Vorwurf erfolgt jedoch zu unrecht. Tatsächlich existieren in vielen europäischen und anderen relevanten Staaten intensive rechts- und medizinwissenschaftliche Diskussionen über die Zulässigkeit von Beschneidungen.

Nach dem Vorschlag der Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger sollen neben Ärzten auch „vergleichbar befähigte Personen, die von einer Religionsgemeinschaft dazu vorgesehen sind“ diesen Eingriff vornehmen dürfen. Ich sehe das anders. Es handelt sich um einen operativen Eingriff. Der – wenn überhaupt – nur in Kliniken und von Ärzten vorgenommen werden sollte.

Betreuungsgeld

Ein weiteres Streitthema, das sich seit Beginn der Legislaturperiode bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe hingezogen hat, ist das Betreuungsgeld. Mehrere Migrantenselbstorganisationen haben über 3000 Unterschriften gegen das Betreuungsgeld gesammelt. Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz haben wir die Meinung der Migranten zu diesem Thema der Öffentlichkeit vorgestellt. Nach einem aktuellen Expertengutachten verstößt dieses Gesetz gegen die Verfassung. Es widerspricht dem Gleichheitsgrundsatz, wenn man den Eltern eine Geldprämie zahlt, die steuerfinanzierte Kitas nicht in Anspruch nehmen. Die Bundeskanzlerin hat zwar lautstark die Bildungsrepublik ausgerufen, Bildung beginnt aber bereits in der Kita. Wir haben bereits im Jahr 2009 vor den negativen Folgen des Betreuungsgeldes gewarnt. Die Bundesregierung ist nicht nur beratungsresistent, sondern weigert sich auch, die Realität anzuerkennen.

Herzliche Grüße

Euer
Memet



Sylvia Kotting-Uhl

Sprecherin für Atompolitik

Sie können weder Atomausstieg noch Energiewende

Seite 26

Den größten Grünen Erfolg, den Atomausstieg, wollte Schwarz-Gelb in dieser Legislatur wieder zu Fall bringen. Die Ansage im Koalitionsvertrag war für die Grüne Bundestagsfraktion Grund genug für diese Wahlperiode eine atompolitische Sprecherin zu berufen. Es war und ist mir immer noch eine große Freude, dass mir dieses Arbeitsfeld anvertraut wurde.

Der Ausstieg aus dem Ausstieg aus dem Ausstieg

Die im Herbst 2010 von der Koalition beschlossenen Laufzeitverlängerungen, der GAU von Fukushima im März 2011 und die daraufhin fraktionsübergreifend beschlossene Rückkehr zum Atomausstieg hieß für mich und mein Team Arbeit, die oft noch über das in einer Bundestagsfraktion für normal gehaltene Maß hinausging. Fachgespräche zur japanischen Lage und zur Vergleichbarkeit mit deutschen Reaktoren, Anträge und Plenar-Debatten waren an der Tagesordnung.

Um die essentielle Wichtigkeit des Atomausstiegs ständig zu untermauern, bearbeite ich die Sicherheitsdefizite von AKW, Zwischen- und Endlagern, Transporten, die Zuverlässigkeit der Betreiber und die ökonomische Belastung durch Atomkraft und mache das mit entsprechender Öffentlichkeitsarbeit publik. Die politischen Magazine in ARD und ZDF nahmen sich etlicher solcher heraus gearbeiteter Missstände an. Die Dokumentation meiner vielfältigen parlamentarischen Initiativen und deren Niederschlag in der Presse findet ihr auf meiner Homepage www.kotting-uhl.de

Neben der parlamentarischen Arbeit bedeutete die Phase um Laufzeitverlängerungen, GAU und erneutem Atomausstieg für mich Podien und Veranstaltungen in fast jedem Bundesland und kraftvolle De-

monstrationen, bei denen ich viele von euch immer wieder getroffen habe. Es waren wir Hunderttausende gegen Atomkraft und Kanzlerin demonstrierenden Menschen, die Frau Merkel die Aufgabe des Atom-Energiesystems letztlich abgetrotzt haben!

In Baden-Württemberg hat uns die furchtbare Bestätigung des atomaren Risikos die letzten noch fehlenden Prozente für den Regierungswechsel gebracht. Die Koalitionsverhandlungen, an denen ich als eine von acht Grünen mitgewirkt habe, haben Baden-Württemberg eine Regierung beschert, die weit besser als die meisten im Land gedacht hätten arbeitet. Für mich war es die richtige Entscheidung nicht in die Landesregierung zu gehen, sondern meine Arbeit in Berlin als atompolitische Sprecherin fortzusetzen. Der gute Austausch mit dem baden-württembergischen Umweltminister ist für viele meiner Belange eine tolle neue Unterstützung!

Manche von euch werden sich erinnern, dass ich auf unserer Atom-Sonder-BDK dafür geredet habe, den von der Koalition vorgelegten – und von Winfried Kretschmann bereits verbesserten! – Atomausstieg nochmal nach zu verhandeln, weil ich das „dicke Ende“ – sechs AKW die 2021/22 vom Netz sollen - fürchte. Ich sehe die Gefahr, dass die Weichen nicht richtig gestellt sind um diese sechs AKW dann mehr oder weniger gleichzeitig abzuschalten, inzwischen als noch größer an. Um so mehr muss und werde ich dafür kämpfen, dass diese Bundesregierung abgelöst und die Energiewende endlich richtig auf den Weg gebracht wird!

"Atomkraft-nein danke" – noch lange ein Thema!

Von Medien werde ich immer wieder gefragt, ob

Sylvia Kotting-Uhl

Sprecherin für Atompolitik

Mitglied Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel. 030 / 227- 74740

Fax 030 / 227- 76742

sylvia.kotting-uhl@bundestag.de

www.kotting-uhl.de

Wahlkreisbüro Karlsruhe

Sophienstraße 58, 76133 Karlsruhe
Tel. 0721-15186-87 Fax 0721-15186-90

sylvia.kotting-uhl@wk.bundestag.de

Weiterer Kontakt für Baden-Württemberg

buero-kotting-uhl@gmx.de

(ehemals wk2)

sich das Thema Atomkraft mit der Kehrtwende der Bundesregierung nicht erledigt hätte. Schön wär's! Ich hätte nichts gegen die Botschaft, dass wir das atomare Risiko im Griff haben und den Müll sicher entsorgen können. Doch davon sind wir leider weit entfernt.

Mit dem Bundesumweltminister liege ich vielfach im Clinch. Ich akzeptiere nicht, dass die versprochenen Nachrüst-Anforderungen für die noch laufenden AKW vertrödelt werden. Ich will, dass die offenen Fragen zum Rückbau geklärt werden. Ich fordere Altmeier auf, sich um die Risiken grenznaher AKW zu kümmern – Temelin, Beznau, Fessenheim, Cattenom. Sich bilateral für die sofortige Abschaltung der beiden französischen Pannenmeiler einzusetzen, fordere ich in den nächsten Wochen auch im Plenum.

Transporte ohne Ende

Wie viele Atom-Transporte tatsächlich durchs Land rollen, habe ich mit einer Studie aufdecken lassen. Die wichtigsten Ergebnisse: Über 500.000 Atom-Transporte, rund 10.000 mit deutlichem Gefahrenpotenzial, weitgehende Intransparenz bei der Abwicklung - viele Kommunen wissen gar nicht was in ihrer unmittelbaren Nähe abläuft. Die Studie habe ich an unsere Landtagsfraktionen und die Umweltverbände geschickt.

Unbemerkt von der Öffentlichkeit wollte Umweltminister Röttgen 2010 auch einen Transport abgebrannter Brennelemente nach Majak, dem verstrahltesten Ort der Welt, schicken. Dafür wollte er das Verursacherprinzip instrumentalisieren, da die in einem sächsischen Forschungsreaktor verbrauchten Brennstäbe in Russland produziert wurden. Mit Kleinen Anfragen und Pressearbeit habe ich so viel öffentlichen Druck erzeugt, dass Röttgen gezwun-

gen wurde von diesem Vorhaben abzusehen – und dem Verursacherprinzip seinen Sinn und Zweck zu lassen.

Müll ohne Lager

In den Grün-Roten Koalitionsvertrag von Baden-Württemberg haben wir die Bereitschaft zu einer vergleichenden ergebnisoffenen Endlagersuche geschrieben. Winfried Kretschmann hat die Initiative in den Bundesrat getragen und den Bundesumweltminister in Zugzwang gebracht. Mit dem Positionspapier zur Rückholbarkeit, den Eckpunkten zur Endlagersuche und mehreren Fachgesprächen u.a. zur Partizipation der BürgerInnen habe ich die Position der Bundestagsfraktion für ein Endlagersuchgesetz erarbeitet.

Es ist mehr als bedauerlich, dass die Erarbeitung des notwendigen Konsenses zwischen Bund und Ländern und den Fraktionen des Bundestages durch das Auswechseln des Bundesumweltministers und die nahende Niedersachsenwahl nun stockt. Aber die Frage, ob Gorleben Teil des vergleichenden Verfahrens wird, ist in Zeiten eines niedersächsischen Landtagswahlkampf nicht mehr sachlich entscheidbar. Ich sage: Ja, für ein faires, allen Seiten gegenüber gerechtes Verfahren muss Gorleben sich dem Vergleich stellen und kann nur wissenschaftlich begründet ausscheiden. Mit dieser Haltung stelle ich mich der Auseinandersetzung mit Initiativen, Umweltverbänden und den WendländerInnen, zuletzt vor wenigen Wochen im Kreistag von L ü c h o w - D a n n e n b e r g . Es gibt ein letztes kleines Zeitfenster zwischen Niedersachsen- und Bundestagswahl für ein Endlagersuchgesetz. Das müssen wir mit vereinten Kräften nutzen!



Sylvia Kotting-Uhl

Sprecherin für Atompolitik

Fortsetzung

Seite 28

Untersuchungsausschuss Gorleben

Die entscheidende Begleitmusik zur Initiative für ein Endlagersuchgesetz lieferte der Untersuchungsausschuss Gorleben, dessen grüne Obfrau ich war. Auf Antrag der Oppositionsfraktionen eingesetzt, befasste er sich mit der 30-jährigen Geschichte des Endlagerstandortes Gorleben, den Manipulationen, unterdrückten Zweifeln und immer wieder politischen statt wissenschaftlichen Entscheidungen. Die letzte von 52 verhörten ZeugnInnen war Angela Merkel, die nochmal deutlich vorführte, warum in ihrer Zeit als Umweltministerin die Suche nach alternativen Standorten keine Chance hatte. Der fast zwei Jahre lang donnerstags ganztägig tagende Untersuchungsausschuss wurde streckenweise nicht mehr von der Presse verfolgt, der CDU-Obmann verkündete in PMs gern das Gegenteil dessen was sich im Untersuchungssaal ereignet hatte – aber als Ergebnis dieses Ausschusses wagt heute niemand mehr zu sagen, Gorleben sei das Beste was wir haben. Für diese Verunsicherung der traditionellen BefürworterInnen Gorlebens hat sich die viele Zeit und das Durchforsten von Tausenden von Aktenordnern gelohnt!

Während der gesamten Untersuchungszeit war ich einmal monatlich sonntags im Wendland, habe zu dem von mir initiierten „Gorleben-Stammtisch“ eingeladen, den BürgerInnen um Gorleben von unseren neuesten Erkenntnissen berichtet und viel zerstörtes Vertrauen in die Grünen wieder aufgebaut.

Lex Asse

Das bisher größte Endlager-Desaster – die Asse bei Wolfenbüttel – dessen Behandlung im Bundestag ich 2007 erstmals erzwungen hatte, soll nun gesichert werden. Dazu muss der Müll raus. Die Rückholung verzögert sich, weil die bestehende Gesetzeslage auf so einen Fall nicht passt – wir brauchen

eine Lex Asse. Auch für dieses Gesetz braucht es einen fraktionsübergreifenden Konsens - die Rückholung wird Jahrzehnte dauern, die Verantwortung für das ungewöhnliche Verfahren muss gemeinsam getragen werden. Nachdem mir klar wurde, dass das BMU nicht liefern würde – nicht alle mit der Sache befassten Beamten finden die Rückholung richtig – lud ich die zuständigen SprecherInnen aller Fraktionen zum gemeinsamen Vorgehen ein. Unter meiner Leitung trifft sich die Lex Asse-Gruppe unter Einbeziehung von BMU und Bundesamt für Strahlenschutz nun seit einigen Monaten und erarbeitet den Gesetzentwurf. Wir kommen gut voran, bis zum Jahresende wird er vorliegen.

Meine Japan-Reisen

Für eine, die eigentlich findet, dass ein Mandat gar keine Zeit für Auslandsreisen lässt, war ich in den letzten eineinhalb Jahren viel unterwegs. Direkt nach dem GAU von Fukushima von den japanischen Grünen zu einer Konferenz-Reise inklusive Messungen und Gesprächen im verstrahlten Gebiet eingeladen, folgte ich dann noch dreimal Folgeeinladungen nach Japan. Zu den Kernfragen – Wie geht Atomausstieg? Wie geht Energiewende? Wie geht Widerstand? - habe ich in fast allen größeren Städten Japans referiert. Bei den Demonstrationen zum Jahrestag des GAUs in Tokio und Fukushima war ich ebenso wie bei Flüchtlingen, Parlamentariern, Wissenschaftlern, Gouverneuren und Aktivisten zum Gespräch. Mindestens einmal pro Monat habe ich seit meiner ersten Reise ein Interview mit einer japanischen Zeitung. Wie es dort weitergeht, hängt auch von Entscheidungen und Entwicklungen in Deutschland ab. Deshalb mein Credo: Atomausstieg und Energiewende in Deutschland sind längst mehr als ein nationales Projekt!

Sylvia Kotting-Uhl

Sprecherin für Atompolitik

Mitglied Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel. 030 / 227- 74740

Fax 030 / 227- 76742

sylvia.kotting-uhl@bundestag.de

www.kotting-uhl.de

Wahlkreisbüro Karlsruhe

Sophienstraße 58, 76133 Karlsruhe
Tel. 0721-15186-87 Fax 0721-15186-90

sylvia.kotting-uhl@wk.bundestag.de

Weiterer Kontakt für Baden-Württemberg

buero-kotting-uhl@gmx.de

(ehemals wk2)

Neben der intensiven Beschäftigung mit Japan war ich auf zwei internationalen Konferenzen: der traditionellen ost-asiatischen Frauen-Friedens-Konferenz, dieses Jahr in Seoul mit dem Thema Atom (ließ sich mit Japan-Reise verbinden), und einer Atom-Konferenz in Tscheljabinsk nahe Majak. Eine Folgeeinladung zu einer Vortragsreise in Korea musste ich – wie auch weitere Auslandsreisen – leider ablehnen (siehe 1. Satz dieses Abschnitts).

Energieforschung

Zusätzlich zum Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sitze ich im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung um für die Grünen die Energieforschung zu bearbeiten. Da Forschungspolitik Haushaltspolitik ist, gibt der Weg des Geldes Auskunft über die Prioritäten der Bundesregierung. Und siehe da: ungerührt vom beschlossenen Atomausstieg geht mindestens ein Drittel des 2,7 Mrd schweren 6. Energieforschungsprogramms unverändert in atomare Forschung (nur der kleinste Teil in Sicherheits- und Endlagerforschung), dazu kommen die Gelder für Euratom. Als Erstes habe ich meine Fraktion davon überzeugt, den Ausstieg aus dem technisch wie finanziell abenteuerlichen und unsinnigen Fusionsprojekt ITER zu fordern. Inzwischen ist auch die SPD zögerlich an meiner Seite. Den Ausstieg aus Euratom fordern wir ebenfalls, es sei denn, der Vertrag lässt sich in Richtung Erneuerbare Energien reformieren. Mit meinem vor kurzem beschlossenen Positionspapier „Energieforschung in Zeiten des Atomausstiegs“ fordern wir die Umwidmung aller öffentlichen Gelder, die über das deutsche Energieforschungsprogramm in Transmutation, Kernfusion, IV. Generation usw. fließen, in die noch fehlenden Bausteine der Energiewende wie Speicher- und Netztechnik, Energiekompetenz der BürgerInnen und internationale Kooperation.

Energiewende

Die Energiewende ist unser wichtigstes Grünes Projekt. In der AG Klima und Energie erarbeiten wir EnergiepolitikerInnen die energiepolitischen Positionen und Forderungen für die Grüne Fraktion. Die drei E (Erneuerbare Energien, Effizienz, Energieeinsparung) bleiben der entscheidende Hebel um Klimaschutzziele zu erreichen und die Energieversorgung zu ökologisieren. Energiewende heißt schnellstmöglicher Atomausstieg, Stopp für neue Kohlekraftwerke durch gesetzliche Vorgaben zu Mindestwirkungsgrad und Flexibilität, Umstieg auf 100 Prozent erneuerbaren Strom möglichst bis 2030, umwelt- und menschenfreundlicher Um- (zu Smart-Grid) und Ausbau der Stromnetze, ein Kapazitätsmechanismus und elementar: Effizienz, für die u.a. die Rate der Gebäudesanierung auf jährlich 3% angehoben und ein Energiesparfonds in Höhe von 3 Mrd. Euro aufgelegt werden muss. Wichtig ist uns die Mischung aus (mehrheitlich) zentraler und dezentraler Energieerzeugung.

Die Strompreis-Lüge ist seit Monaten Thema bei jeder Veranstaltung und jedem Podium. Ist Zeit da zu argumentieren und vorzurechnen, ist sie entlarvt. Wir müssen – wie so oft – komplex argumentieren. Wir müssen aber auch klar sagen, dass Energiesicherheit und unschlagbar billige Strompreise für unsere Kinder nicht umsonst zu haben sind. In das Generationenprojekt Energiewende müssen wir investieren. An guten griffigen Argumentationen arbeiten wir noch!

Ohne Atomausstieg keine Energiewende – ohne Energiewende kein Atomausstieg!



Beate Müller-Gemmeke

Sprecherin für Arbeitnehmerrechte

Wir brauchen soziale Leitplanken auf dem Arbeitsmarkt

Seite 30

„Die Schwächsten sind der Maßstab für die Gerechtigkeit.“ Ganz im Sinne Margot Käßmanns habe ich mich in meiner ersten Legislaturperiode als Sprecherin für ArbeitnehmerInnenrechte für soziale Leitplanken auf dem Arbeitsmarkt und gegen die Erosion guter Beschäftigungsverhältnisse eingesetzt. Denn durch die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes arbeitet ein beträchtlicher Teil der Beschäftigten inzwischen in unsicheren Jobs, niedrig entlohnt und unter schlechten Arbeitsbedingungen. Das ist demütigend und führt auf längere Sicht in Altersarmut.

Kritik allein ist aber nicht genug. Es braucht konkrete Alternativen und innovative Ansätze, die aufzeigen, dass es auch anders geht – fair, gerecht und menschenwürdig. Mein Rezept ist eine Politik auf Augenhöhe und mit Augenmaß. Wer politische Verantwortung übernehmen will, braucht neben Leidenschaft, Prinzipien und Expertise immer auch ein offenes Ohr für die Sorgen der Menschen. Notwendig ist auch Ehrlichkeit, die Probleme beim Namen zu nennen und sich der Kritik zu stellen, dass Rot-Grün hier Verantwortung trägt. Genau darum habe ich mich immer bemüht und werde das auch weiter tun, denn ich bin überzeugt: Es gibt für alles eine gute grüne Lösung!

In den drei Jahren als Bundestagsabgeordnete habe ich leidenschaftlich Politik für die Menschen gemacht. Ich streite für gute und sichere Arbeit, denn die Menschen sollen von ihrer Arbeit leben können und im Alter würdevoll ohne Armut. Grüne Politik schafft nur Vertrauen, wenn sie nachhaltig Ökologie, Ökonomie und Soziales zusammenbringt. Das ist auch die Grundidee des Green New Deal. Davon bin ich zutiefst überzeugt.

Parlamentarisch präsent

Schwarz-Gelb ignoriert die Fehlentwicklungen auf dem Arbeitsmarkt. Mehr noch: mit ihrer Lobbypolitik,

der Blockadehaltung beim Mindestlohn, der Minimal-Reform in der Leiharbeit oder mit der jüngst beschlossenen Ausweitung der Minijobs verstärkt sie noch die Ungerechtigkeit. Wir können nur Anträge dagegen setzen und gleichzeitig ein Gesamtkonzept grüner Arbeitsmarktpolitik entwickeln. Und immerhin, mit meinen Anträgen, egal ob Tarifvertragsystem, Entgeltgleichheit, Befristungen, Bagatellkündigungen, Werkverträge oder Leiharbeit, konnte ich Themen setzen und die Öffentlichkeit sensibilisieren. In den inzwischen 47 Bundestagsreden ging es mir immer um die Menschen, die arbeiten und dafür Sicherheit, Wertschätzung, Anerkennung und eine faire Entlohnung verdienen. Denn jede Arbeit hat ihren Wert.

Vom Instrument der Kleinen Anfrage habe ich intensiven Gebrauch gemacht – durchaus zum Leidwesen der Bundesregierung, die manche unbequeme Frage meiner 26 Kleinen Anfragen ausweichend oder gar nicht beantwortet hat. Ich habe unablässig auf Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt hingewiesen und auch öffentliche Aufmerksamkeit erreicht. So frage ich penetrant die Fortschritte bei der Umsetzung des Urteils zur „Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen“ ab. Die Antworten auf meine Anfrage zur Kontrolle von Mindestlöhnen durch die Finanzkontrolle Schwarzarbeit hat Arbeitsministerin von der Leyen zu einer Stellungnahme in der Tagesschau veranlasst. Die Fragen zur Logistikbranche haben mir einen Besuch des Geschäftsführers von Hermes und ein Podiumsgespräch bei deren Verbandstag beschert. Weitere Anfragen haben Handlungsbedarf aufgezeigt oder die Untätigkeit der Bundesregierung dokumentiert. Die abgefragten Fakten sind heute Arbeitsgrundlage für Gewerkschaften und Interessensverbände.

Beate Müller-Gemmeke
Sprecherin für Arbeitnehmerrechte
Mitglied Ausschuss Arbeit und Soziales
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 / 227- 73041
Fax 030 / 227- 76041
beate.mueller-gemmeke@bundestag.de

Wahlkreisbüro Reutlingen
Gartenstraße 18
72764 Reutlingen
Tel. 07121 / 9092411
Fax 07121 / 9943186
beate.mueller-gemmeke@wk.bundestag.de
www.mueller-gemmeke.de

Seite 31

Ein Gesamtkonzept zur Stärkung der Tarifautonomie

Die Arbeitswelt ist gespalten. Wenn der Stundenlohn in manchen Branchen unterhalb des Existenzminimums liegt, wenn Leiharbeitskräfte noch weniger verdienen als das Stammpersonal, dann zeigt der Lohnzettel sicher nicht den fairen Wert der geleisteten Arbeit. Und wenn Menschen immer wieder nur befristete Jobs bekommen, dann wird jegliche Lebensplanung unmöglich. Doch damit nicht genug. Der Anstieg der prekären Beschäftigung hat auch Folgen für die Arbeitswelt insgesamt. In Betrieben, in denen immer mehr Festangestellte durch externe Leiharbeitskräfte oder Werkvertrags-Beschäftigte verdrängt werden, zersplittern die Belegschaften. Die Mitbestimmung, der Kündigungsschutz, tarifliche Standards und somit der soziale Schutz der Beschäftigten werden umgangen. Damit stehen hart erkämpfte kollektive Errungenschaften nur noch auf dem Papier. Und der Jahrzehnte alte gesellschaftliche Konsens der Sozialpartnerschaft und die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft werden damit aufgekündigt.

Wir brauchen wieder soziale Leitplanken auf dem Arbeitsmarkt. Notwendig sind eindeutige Regeln bei Werkverträgen, um Missbrauch zu verhindern. In der Leiharbeit muss uneingeschränkt "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" gelten, ein Flexibilitätsbonus eingeführt und mehr betriebliche Mitbestimmung durchgesetzt werden. Jeder zweite neue Job hat zudem heute ein Verfallsdatum. Als Konsequenz müssen die Befristungsgründe verringert und die sachgrundlose Befristung abgeschafft werden. Denn Sicherheit im Berufsleben ist die zentrale Voraussetzung für die Lebensplanung der Menschen. Vor allem soll niemand für weniger als 8,50 € die Stunde arbeiten. Notwendig ist ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn. Gleichzeitig müssen die Möglichkeiten für mehr branchenspezifische Mindestlöhne und für mehr allgemein verbindlich erklärte Tarifverträge

geschaffen werden, die dann für alle Beschäftigten einer Branche gelten. Der Trend zu Niedriglöhnen muss gestoppt werden, indem das Tarifvertragssystem insgesamt stabilisiert und die Tarifbindung erhöht wird. Mein Antrag dazu war eines meiner Highlights als Bundestagsabgeordnete, denn alle Oppositionsparteien und auch die Gewerkschaften haben daraufhin das Thema auf die Agenda gesetzt. Und sogar die CDU-Fraktion greifen das Thema inzwischen in ihren Mindestlohn-Papieren auf.

Frauen verdienen mehr

Ein besonderes Anliegen sind mir auch die Frauen auf dem Arbeitsmarkt, denn sie sind immer noch benachteiligt. Notwendig ist eine Reform der Minijobs, denn sie sind nachweislich das Einfallstor zum Niedriglohnsektor und führen insbesondere die Frauen in eine berufliche Sackgasse. Als klassische Zuverdienerinnen erwerben sie heute geringe Rentenansprüche und sind die Verliererinnen von morgen. Sowohl die unlängst beschlossene Anhebung der Minijobs auf 450 Euro als auch die Blockadehaltung gegen die Frauenquote zeigen einmal mehr die Rückwärtsgewandtheit der schwarz-gelben Frauenpolitik. Anstatt Frauen den Weg in eine gleichberechtigte Erwerbsarbeit zu ebnen, zementiert Schwarz-Gelb längst überholte Rollenbilder.

Gleichzeitig verdienen Frauen noch immer im Durchschnitt 22 % weniger als ihre männlichen Kollegen. Diese frauenfeindliche Politik lässt sich nicht schön reden! Und da kann der Appell von Frauenministerin Schröder, dass Frauen halt mehr technische Berufe erlernen sollen, auch nur als zynisch bezeichnet werden. Deshalb habe ich federführend ein Konzept für ein Entgeltgleichheitsgesetz mit verbindlichen Regelungen und wirksamen Sanktionen entwickelt. Nur wenn bei der Bewertung von Arbeit



Beate Müller-Gemmeke

Sprecherin für Arbeitnehmerrechte

Fortsetzung

Seite 32

geschlechtsneutrale Kriterien eingeführt werden, können Diskriminierungen in Entgelt- und Eingruppierungssystemen tatsächlich identifiziert werden. Ich vertrete also ohne Wenn und Aber den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ und sage damit der Entgeltdiskriminierung den Kampf an.

Grüne Politik braucht Bündnispartner

Mit den erarbeiteten Positionen und meinen parlamentarischen Initiativen habe ich inzwischen die Türen zu den Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und insbesondere wieder zu den Gewerkschaften geöffnet. Gerade die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften war lange Zeit durch die Arbeitsmarktreformen unter Rot-Grün belastet – sie ist aber im Wahlkampf und danach wichtig. Mittlerweile werde ich regelmäßig zu Gewerkschaftsveranstaltungen und Fachdiskussionen als Gesprächspartnerin eingeladen. Ebenso bin ich häufig mit meinen Anträgen und Kleinen Anfragen in den großen einschlägigen Gewerkschaftszeitungen vertreten. Ich stehe zur Tarifautonomie und kämpfe gegen Tarifflicht. Deshalb arbeite ich eng mit den Gewerkschaften zusammen und ziehe mit ihnen an einem Strang.

Ein Bündnis mit den Gewerkschaften ist aber auch wichtig, weil Arbeitsthemen den Kern grüner Politik berühren – sie sind nicht per se „rot“. Wir stehen für eine ökologische Politik und wie keine andere Partei für die Energiewende. Und dafür brauchen wir die Gewerkschaften. Das hat auch der gemeinsam von Böll-Stiftung und GewerkschaftsGrün veranstaltete Kongress „Grüne Jobs – faire Jobs“ gezeigt. Beim ökologischen Umbau der Wirtschaft reicht der Blick auf Ressourcen- und Energieeffizienz nicht aus. Eine nachhaltige Produktionsweise beinhaltet auch die Frage, unter welchen Arbeitsbedingungen produziert wird. Und diese müssen fair und gut ausgestaltet sein. Ich bin überzeugt: Nur wenn wir konsequent unsere ökologischen Anliegen in einem Ge-

samtconcept mit einer gerechten Sozial- und Arbeitsmarktpolitik verbinden, schaffen wir Vertrauen bei den Menschen. Und die Gewerkschaften stehen nur an unserer Seite, wenn wir neben den Umweltproblemen auch die sozialen Verwerfungen in unserer Gesellschaft ernst nehmen.

Gerechte Verteilung und Armut verhindern

Die Verteilung von Einkommen wird immer ungleicher. Während die Reichen immer reicher werden, sind breite Bevölkerungsgruppen einer ständigen Existenzangst und zunehmender Armut ausgesetzt. In der Folge sind die Arbeitsmarktpolitik und eine einflussnehmende Lohnpolitik zentrale Bausteine, um wieder Verteilungsgerechtigkeit herzustellen. Die wenigen Reichen in unserer Gesellschaft erarbeiten ihren Reichtum nicht alleine. Die Beschäftigten sind ganz wesentlich daran beteiligt und deshalb muss der Wohlstand gerechter verteilt werden. Denn nur mit fair entlohnten und sicheren Jobs kann Armut bekämpft und Altersarmut verhindert werden und nur so werden die Menschen vom staatlichen Transfersystem unabhängig und können ein selbstbestimmtes Leben führen.

Auch bei der Rente brauchen wir grundlegende Reformen – eine Garantierente, eine Bürgerversicherung und ein angemessenes Rentenniveau. Ein entscheidender Schlüssel liegt dabei einmal mehr auf dem Arbeitsmarkt, denn möglichst durchgängige Erwerbsbiografien und faire Löhne erhöhen die Beiträge und stabilisieren so für alle das Rentenniveau. Gleichzeitig müssen die Beschäftigten überhaupt bis zur Rente arbeiten können. WissenschaftlerInnen, Krankenkassen und auch die WHO warnen einmütig vor den Folgen arbeitsbedingter psychischer Gefährdungen. Die nachweislich angestiegene Arbeitsintensität, verlängerte, flexible Arbeitszei-

Beate Müller-Gemmeke
Sprecherin für Arbeitnehmerrechte
Mitglied Ausschuss Arbeit und Soziales
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 / 227- 73041
Fax 030 / 227- 76041
beate.mueller-gemmeke@bundestag.de

Wahlkreisbüro Reutlingen
Gartenstraße 18
72764 Reutlingen
Tel. 07121 / 9092411
Fax 07121 / 9943186
beate.mueller-gemmeke@wk.bundestag.de
www.mueller-gemmeke.de

ten, fehlende Regenerationsphasen führen zu Gesundheitsgefährdungen. Geht es um Dezibel oder wann eine Chemikalie giftig ist, dann existieren Verordnungen – für psychische Gefährdungen aber fehlt eine solche. Notwendig ist eine Anti-Stress-Verordnung im Arbeitsschutz. Damit wird den Betrieben ein Werkzeug an die Hand gegeben, wann und wie psychische Belastungen am Arbeitsplatz entstehen und wie sie vermieden werden können. Die Arbeitsbedingungen müssen zukünftig auch alters- und altersgerecht gestaltet werden. Zentral dafür sind die Gefährdungsbeurteilungen, die zukünftig verbindlich durchgeführt werden müssen – und zwar auch altersbezogen und mit einer Geschlechterperspektive. Deshalb fordere ich in meinem aktuellen Antrag Rahmenbedingungen für eine tragfähige Arbeitskultur, die jungen und älteren Beschäftigten aber auch Männern und Frauen gleichermaßen gerecht wird.

Europa funktioniert nur mit sozialen Zielen

Ich stehe zu den sozialen Zielen, die sich Europa gegeben hat. So garantiert die europäische Sozialcharta die Tarifautonomie. Im Rahmen der EU 2020-Strategie wurden Ziele zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit und Armut vereinbart – diese werden jedoch durch die gegenwärtige Sparpolitik unerreichbar. Mit Entsetzen verfolge ich die Meldungen über die immens steigende Jugendarbeitslosigkeit, die Armutstendenzen und den sozialen Unfrieden in Griechenland, Spanien und Portugal. Natürlich müssen die Krisenländer ihre Haushalte in Ordnung bringen, aber Konsolidieren heißt immer auch investieren. Nur wenn in eine zukunftsfähige und ökologische Wirtschaft investiert wird, können Wertschöpfung und Arbeitsplätze gesichert und Schulden abgetragen werden. Vor allem muss die Sparpolitik sozial verträglich ausgestaltet werden – dies haben mir meine Delegationsreisen nach Spanien und Por-

tugal nochmals eindrücklich vor Augen geführt. Diese Politik verschärft die Krise und wird einem sozialen Europa, in das ich Hoffnungen setze und für das ich politisch kämpfe, nicht gerecht. Diese Kritik verteidige ich vehement als stellvertretendes Mitglied im EU-Ausschuss, in der Fraktion, bei Veranstaltungen und im direkten Dialog mit den Menschen.

Im Team und eng an der Basis

Fraktionsarbeit ist für mich Teamarbeit. In der AG Arbeit und Soziales engagiere ich mich durch meine Erfahrungen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik bei der Entwicklung von Konzepten. Denn Erwerbslose brauchen Chancen und Perspektiven. Wir brauchen unbedingt einen sozialen Arbeitsmarkt. Bei der Rente interveniere ich häufig mit kritischen Positionen. Egal ob es um Energie, Wirtschaft, Bildung, Gesundheit oder Europa geht – für mich sind und bleiben Arbeitsmarktpolitik und soziale Gerechtigkeit Querschnittsthemen. Ein Highlight war dabei der grüne Gesetzentwurf zum Beschäftigtendatenschutz, den ich zusammen mit Konstantin von Notz erarbeitet habe. Unser Gesetzesentwurf orientiert sich am Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung und wird den Beschäftigten in ihrem Abhängigkeitsverhältnis gerecht.

Als Abgeordnete ist mir der Kontakt zur Basis wichtig – in meiner Funktion als Sprecherin von GewerkschaftsGrün, bei Bundesfrauenkonferenzen, Kreismitgliederversammlungen, bei den KommunalpolitikerInnen vor Ort und durch die beständige Zusammenarbeit mit LAG und BAG. Ich stoße mit Fachgesprächen Debatten an und beteilige mich an Diskussionen in der Partei, beispielsweise beim sozialpolitischen Kongress oder bei der Grünen Jugend. Mein Ziel ist und bleibt eine lebendige und streitbare Partei, die ihre Potenziale nutzt, Einfluss nimmt und ein klares grünes Profil zeigt.



Gerhard Schick

Sprecher für Finanzpolitik



Finanzpolitik in Grün – für Ökologie, Gerechtigkeit und VerbraucherInnenenschutz!

Seite 34

Was für eine Legislaturperiode: Kaum war die erste große Welle der Bankenkrise abgeebbt, rollte die europäische Staatsschuldenkrise heran. Im parlamentarischen Alltag hieß das meist: Sondersitzungen für Milliardenpakete. Trotzdem haben wir uns als Fraktion in der Finanzpolitik nicht nur mit den tagesaktuellen Entscheidungen beschäftigt, sondern die Regierung kontrolliert und vor allem Konzepte zum Umbau der Finanzwirtschaft und des Steuersystems vorgelegt. Bei den meisten Themen sind wir jetzt gut gerüstet, um als Teil einer neuen Bundesregierung Finanzmärkte und Steuersystem grün auszurichten. Denn den notwendigen sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft werden wir nur schaffen, wenn die Wirtschafts- und Finanzpolitik die nötigen Weichen stellt: Energiewende und mehr Klimaschutz erreichen wir nicht, wenn das Geld immer noch in Alttechnologien fließt. VerbraucherInnenpolitik muss auch den Schutz der KundInnen von Banken und Versicherungen vor Abzocke umfassen. „Wir haben die Welt von unseren Kindern nur geborgt“ heißt auch: Der Green New Deal darf nicht auf Pump, sondern muss mit einer fairen Lastenverteilung finanziert werden. Es braucht klare Prioritäten in unserer Haushaltspolitik.

Finanzkrise

Die Finanzkrise ist eine Schuldenkrise – allerdings nicht nur der öffentlichen Haushalte, wie uns Frau Merkel glauben lassen will, sondern der gesamten Ökonomie, also auch der Unternehmen und der Privathaushalte. Vor dem Ausbruch der Finanzkrise ist die Gesamtschuldenlast zu hoch geworden – daraus folgt die Frage, wie wir diese Last wieder reduzieren, ohne größere Verwerfungen auszulösen. Antworten darauf habe ich beispielsweise in meinem Papier „Warum der Green New Deal eine Antwort auf die europäische Schuldenkrise ist“ vorge schlagen (<http://bit.ly/YE4ATN>). Wir brauchen eine kohärente Verbindung von Finanzmarktregulierung,

ökologischer Modernisierung und sozialem Ausgleich. Meine Analyse der Krise und die Grünen Lösungsvorschläge finden sich auch in einer kleinen Videoreihe „Finanzkrise in 5 Minuten“ (<http://bit.ly/RPWmn6>).

Die vielen Entscheidungen im Bundestag zur Euro-Krise waren nicht immer leicht. Ein einfaches Ja, ein Nein oder eine Enthaltung kann in der Regel nicht die Differenzierung widerspiegeln, die bei Abstimmungen dieser Tragweite notwendig ist. Ich habe deswegen mehrere persönliche Erklärungen zu meinem Abstimmungsverhalten abgegeben, etwa zur Griechenland-Hilfe, zur spanischen Bankenrettung oder zum europäischen Fiskalpakt (<http://bit.ly/PUSxkb>; <http://bit.ly/Ww85gQ>; <http://bit.ly/PBeT8N>). Außerdem war und ist es mir wichtig, nicht nur über die Länder zu reden, die zurzeit in Schwierigkeiten sind, sondern auch mit den Menschen dort. Deswegen habe ich mehrere Gesprächsreisen unternommen, deren Erkenntnisse ich in Reiseberichten zum Beispiel aus Spanien oder Irland aufgeschrieben habe (<http://bit.ly/Rekxh7>; <http://bit.ly/SrfneN>). Natürlich halte ich auch engen Kontakt zu den jeweiligen Grünen Parteien in diesen Ländern.

Finanzmärkte an die Leine nehmen!

Hunderte Seiten neuer Finanzmarktgesetze im Finanzausschuss – und trotzdem werden gerade die entscheidenden Regeln nicht durchgesetzt, weil Lobbyinteressen immer wieder Vorrang haben. In enger Kooperation mit Sven Giegold, Pascal Canfin und Philippe Lambert in der Europafraktion, aber auch mit vielen ehrenamtlichen grünen FinanzmarktexpertInnen halte ich dagegen. Dort, wo Großbanken oder wenige Ratingagenturen den Markt dominieren, brauchen wir eine Renaissance der

Gerhard Schick
Sprecher für Finanzpolitik
Mitglied Finanzausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 / 227- 74535
Fax 030 / 227- 76656
gerhard.schick@bundestag.de

Wahlkreisbüro Mannheim
Kaiserring 38
68161 Mannheim
Tel. 0621 / 4017252
Fax 0621 / 4018469
gerhard.schick@wk.bundestag.de
www.gerhardschick.net

Seite 35

Wettbewerbspolitik – und dort, wo Politik und Finanzaufsicht schlicht die Ressourcen zur Regelsetzung und zur Kontrolle fehlen, brauchen wir schlagkräftigere staatliche Strukturen. So lautet in Kürze die Argumentation des von mir initiierten Beschlusses der Bundestagsfraktion „Mehr Markt und mehr Staat – für stabile Finanzmärkte“ (<http://bit.ly/YE5Xlt>).

Einen ganz besonderen Wettbewerbsvorteil haben die Banken auf den Finanzmärkten, die „Too Big to Fail“, zu groß zum Scheitern, sind. Im Fraktionsbeschluss „Großbanken-Problematik endlich lösen“ forderten wir deshalb bereits Anfang 2012 konkrete Schritte, damit in Zukunft jede Bank auch für ihr Verhalten haften muss (<http://bit.ly/UvDbON>). Besonders gefreut hat mich, dass wir immer wieder hochkarätige Gäste begrüßen konnten, die mit uns über Grüne Finanzmarktpolitik diskutiert haben – vom Deutsche Bank-Vorstand Rainer Neske über Steven Majoor, den Chef der Europäischen Finanzaufsichtsbehörde, bis hin zum EZB-Ratsmitglied Jörg Asmussen (<http://bit.ly/YE6fcd>; <http://bit.ly/SykBpm>; <http://bit.ly/YTi3q2>).

Die mangelhafte Regulierung auf den Finanzmärkten hat sich auch in deutschen Kommunen bemerkbar gemacht: Viele Gemeinden haben vor der Finanzkrise Zinsswapgeschäfte abgeschlossen – und seit dem Ausbruch der Krise stiegen die Verluste der Kommunen explosionsartig an. Wir haben eine öffentliche Anhörung des Finanzausschusses initiiert, das Thema damit auch überregional auf die Agenda gehoben und die strukturellen Defizite benannt, die dazu führen konnten.

Mehr Transparenz! – Finanzmarktgremium und Aufarbeitung Finanzkrise

Seit Sommer 2011 bin ich Mitglied des geheim tagenden „Finanzmarktgremiums“, das die Bankenbe-

teiligungen des Bundes im Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) kontrolliert. Da mir hier aber das wichtigste Instrument der Opposition – die Öffentlichkeit – fehlt, stelle ich auch immer wieder öffentliche Anfragen an die Regierung, weil ich glaube, dass bei der Bankenrettung in Deutschland viele teure Fehler gemacht wurden und werden. Auf meinen Druck hin wurden zumindest Teile des Jahresberichts des Finanzmarktfonds veröffentlicht. Aber viele meiner Fragen blieben unbeantwortet – wie ich meine: rechtswidrig. Deswegen habe ich mit anderen Abgeordneten Klage beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eingereicht. Transparenz gegen Geheimhaltung – die Entscheidung in Karlsruhe steht noch aus.

VerbraucherInnenenschutz am Finanzmarkt: KundInnen auf Augenhöhe

VerbraucherInnenpolitik ist grünes Schwerpunktthema. In Zusammenarbeit mit Nicole Maisch, unserer verbraucherpolitischen Sprecherin, und unseren drei grünen LandesverbraucherministerInnen stärken wir die Kundinnen und Kunden gegenüber Banken, Fonds und Versicherungen. Ein Schwerpunkt ist die provisionsgesteuerte Fehlberatung, die jedes Jahr die Kunden Milliarden kostet. In unserem Fraktionsbeschluss fordern wir klare gesetzliche Regeln zur Förderung der Honorarberatung und neue, faire Rahmenregeln für Provisionen – damit tatsächlich das Interesse der AnlegerInnen im Vordergrund steht (<http://bit.ly/SSzaaM>). Das Problem besteht vor allem auch im Versicherungsvertrieb (<http://bit.ly/SWR8GD>). Unsere grundsätzliche Positionierung haben wir dann heruntergebrochen auf einzelne, besonders anfällige Bereiche, etwa in Bezug auf Schadensersatzansprüche bei Falschberatung, bei der



Gerhard Schick

Sprecher für Finanzpolitik

Fortsetzung

Seite 36

Regulierung des Grauen Kapitalmarkts oder zu den von Ministerin Aigner wiederholt angekündigten, aber nie umgesetzten Testkäufen zur Kontrolle der Beratungsqualität am Bankschalter (<http://bit.ly/SWRfSD>; <http://bit.ly/SykTg4>; <http://bit.ly/SykZV5>).

Unsere Positionen zum VerbraucherInnenschutz bei Finanzprodukten haben wir sowohl 2010 als auch 2011 auf der Messe „Invest“ in Stuttgart als einziger vertretener politischer Akteur mit einem Stand den BesucherInnen vorgestellt.

Steuer- und Haushaltspolitik: Gerecht und nachhaltig

Die steuerpolitische Agenda dieser Bundesregierung hatte und hat den klaren Kompass, die eigene Klientel zu begünstigen. Dem haben wir immer wieder die Grünen Konzepte für mehr Steuergerechtigkeit entgegengestellt – beispielsweise die Abschaffung der Abgeltungsteuer, damit Kapitalerträge nicht mehr gegenüber Arbeitseinkommen privilegiert werden (<http://bit.ly/Relqoc>). Ebenfalls Grüne Position ist die Einführung einer Bundessteuerverwaltung: Weil Steuervollzug Ländersache ist, nutzen manche Landesregierungen dies als Instrument zur Standortpolitik. Wir haben erstmals den Steuervollzug miteinander verglichen und es zeigte sich: Die Befürchtungen werden bestätigt (<http://bit.ly/PBfuHQ>). Wie bei vielen anderen Themen auch, war hier die gute Zusammenarbeit auf Bundes- und Länderebene Voraussetzung für erfolgreiche Grüne Arbeit.

Zu einer gerechteren Steuerpolitik gehört auch ein einfacheres und damit weniger gestaltungsanfälliges Steuerrecht. Doch sobald die Politik ein Schlupfloch gestopft hat, taucht schnell ein neues auf. Deswegen haben wir eine Generalklausel gefordert, die Steuersparmodellen einen Riegel vorschleichen soll (<http://bit.ly/RS3Gxf>). Steuerausfälle entstehen aber nicht nur durch Schlupflöcher: Die Koalition will nach wie vor ihren Gesetzentwurf zum Ab-

bau der "Kalten Progression" durchdrücken. Das ist nicht nur vor dem Hintergrund der Schuldenbremse unverantwortlich, sondern es ist auch ungerecht und entlastet gerade nicht die kleinen und mittleren Einkommen. Das habe ich etwa in meiner Rede im Bundestag zum Gesetzentwurf deutlich gemacht (<http://bit.ly/PUTE3k>). Statt Steuererleichterungen für Gutverdiener brauchen wir eine einmalige Vermögensabgabe zum Schuldenabbau, an deren Konzeption ich mitgewirkt habe (<http://bit.ly/TIGvtj>). Viel beschäftigt hat mich zudem das Steuerabkommen mit der Schweiz – das ich für grundfalsch halte. Zusammen mit meinen Kollegen François Bausch aus Luxemburg und Werner Kogler aus Österreich habe ich zu diesem Thema ein Positionspapier verfasst, das darlegt, weshalb das Abkommen der falsche Weg ist (<http://bit.ly/U7hm7H>). Die Bundestagsfraktion hat zu diesem Thema einen von mir initiierten Entschließungsantrag eingebracht (<http://bit.ly/YE8bBf>).

Natürlich gehört zu einer guten Finanzpolitik nicht nur die Betrachtung der Einnahme-, sondern auch der Ausgabenseite: Als Mitglied der Fraktionsarbeitsgruppe „Prioritäten“ habe ich mit darauf geachtet, dass wir auch nur die Projekte versprechen, für die tatsächlich Geld da ist.

Die Finanzmärkte als Hebel für eine grünere Welt

Geldanlagen sind nicht neutral – es macht einen Unterschied, mit welchen Geschäften die Erträge erwirtschaftet werden. Beispielsweise investieren nach wie vor viele deutsche Banken in die Produktion von Streumunition. Und nicht nur das: Über die "Riester-Rente" werden solche Investitionen sogar noch staatlich gefördert, weil sie von der Förderung nicht ausgeschlossen sind. Diese Geldflüsse wollen

Gerhard Schick
Sprecher für Finanzpolitik
Mitglied Finanzausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 / 227- 74535
Fax 030 / 227- 76656
gerhard.schick@bundestag.de

Wahlkreisbüro Mannheim
Kaiserring 38
68161 Mannheim
Tel. 0621 / 4017252
Fax 0621 / 4018469
gerhard.schick@wk.bundestag.de
www.gerhardschick.net

Seite 37

wir stoppen – deshalb haben Agnieszka Brugger und ich einen entsprechenden Antrag verfasst und stehen dazu auch in engem Kontakt mit der Nichtregierungsorganisation „Facing Finance“ (<http://bit.ly/VRdeKC>).

Klimaschutz heißt auch, Investitionen in klimafreundliche Technologien zu lenken. Dafür muss aber bei „nachhaltigen Geldanlagen“ auch drin sein, was draufsteht. Eine Studie, die auf meine Anregung hin im Auftrag der Bundestagsfraktion erstellt wurde, hat gezeigt: Häufig befinden sich in als nachhaltig deklarierten Fonds auch Titel von Firmen, die diesen Kriterien nicht entsprechen (<http://bit.ly/HIBXLO>). Gerade weil wir den Anteil nachhaltiger Investments erhöhen wollen, fordern wir Grüne daher verbindliche Mindeststandards für Nachhaltigkeitsfonds, etwa in einem Bundestagsantrag, in dem wir konkrete gesetzgeberische Maßnahmen fordern (<http://bit.ly/TIGDsR>).

Geldwäsche verhindern – ein grünes Thema!

Geldwäsche klingt irgendwie harmlos. Doch erst die Möglichkeit, die Gewinne aus Frauenhandel, illegalen Waffenexporten oder Korruption legal nutzen zu können, macht diese kriminellen Geschäfte lukrativ. Und gerade Deutschland wird intensiv zur Geldwäsche genutzt – nur langsam findet diese Erkenntnis ihren Weg auch in die deutsche Öffentlichkeit. Seit mehreren Jahren habe ich zu diesem Thema Druck auf die Bundesregierung ausgeübt (<http://bit.ly/Sym4vT>) – und so beispielsweise erreicht, dass alle Bundestagsfraktionen beim Forum für Geldwäscheprävention mitwirken können. Mittlerweile wird unser Kritikpunkt, dass das Kompetenzwirrwarr in Deutschland nicht weiter tragbar ist, auch von offiziellen Stellen der Länder bestätigt. Doch nach wie vor steht Deutschland im internationalen Vergleich schlecht

da und es gibt keine Strategie, um Geldwäsche wirklich zu bekämpfen und nicht nur internationale Vorgaben formal zu erfüllen. Diese Agenda habe ich immer wieder eingefordert und werde das auch weiter tun (<http://bit.ly/PUU75J>).

Mannheim und Metropolregion

Neben den vielen spannenden Aufgaben als finanzpolitischer Sprecher in Berlin war ich natürlich auch in meinem Wahlkreis Mannheim und der Metropolregion Rhein/Neckar/Pfalz sehr aktiv. Weil regionale Themen regionale grüne Ideen verlangen, gibt es seit 2008 eine enge Kooperation der grünen Kreisverbände in der Metropolregion. Dank dieser Zusammenarbeit können wir Grüne gemeinsam dafür kämpfen, dass unsere Anliegen in der Region gehört werden und haben sogar ein eigenes Grünes Wahlprogramm für die Region sowie einen Grünen New Deal für die Metropolregion erarbeitet (<http://bit.ly/YE9ksC>; <http://bit.ly/U7hLqM>).

Schwul-lesbisch

Ein besonderes Anliegen ist mir die Gleichstellungspolitik. Im Finanzbereich geht es dabei natürlich zuvorderst um die völlige Gleichbehandlung im Steuerrecht. Darüber hinaus bin ich, nicht nur in Mannheim, bei Christopher Street Days und anderen LGBT-Aktivitäten präsent. 2011 hat zudem auf meine Initiative hin zum zweiten Mal eine Mannheimer Delegation unsere polnische Partnerstadt Bydgoszcz besucht und die wenigen Mutigen bei einem Schweigemarsch gegen Diskriminierung und Homophobie unterstützt (<http://bit.ly/VzFaHo>). Weil der Bundestagsabgeordnete der Partnerstadt dabei war, konnte die Stadtspitze es nicht vermeiden, auch Lambda, die dortige schwul-lesbische Organisation, im Rathaus zu empfangen...



Ulrich Schneider

Sprecher für Jugendpolitik und Bürgerschaftliches Engagement

GERECHT.PARTIZIPATIV.SOZIAL.

Seite 38

Liebe Freundinnen und Freunde in Baden-Württemberg,

ein Jahr vor der Bundestagswahl, kurz vor der Landeslistenauflistung am ersten Adventswochenende in Böblingen und nach einem knappen Jahr für mich im Bundestag will ich einen Rückblick und Ausblick auf die Themen geben, die ich in Berlin bearbeite, die mich beschäftigen und die ich auch in den kommenden Jahren angehen will.

Neben der kontinuierlichen und spannenden Arbeit in Berlin und im Wahlkreis war ich in den letzten Wochen auch außerhalb der parlamentarischen Arbeit aktiv und habe versucht, Grüne Inhalte und Positionen voranzubringen.

Zum einen war ich am ersten Oktoberwochenende in Belgrad, um die dortigen Schwulen- und Lesbenorganisationen bei ihrer geplanten CSD-Parade für gleiche Rechte für Schwule und Lesben zu unterstützen. Eindrücklich musste ich miterleben, wie Menschen- und Minderheitenrechte in einem Land, das in die Europäische Union strebt, mit Füßen getreten werden. Nach 2011 hat die neue nationalistische Regierung die Parade erneut abgesagt – unter fadenscheinigen Sicherheitsargumenten und begleitet von lesben- und schwulenfeindlichen Kommentaren. Hier müssen wir und hier will ich auch zukünftig die Menschen und Organisationen vor Ort in ihrem Kampf für Gleichberechtigung unterstützen!

Zum anderen habe ich Mitte Oktober mit der Bundestagsfraktion das Grüne Jugendforum in Berlin organisiert. Es war eine großartige Veranstaltung, hat viel Spaß gemacht und vor allem war es ein wichtiges Forum, um MIT Jugendlichen und nicht – wie viel zu oft in der Politik – ÜBER Jugendliche zu

sprechen! Fast 100 junge Leute (auch 16 aus Baden-Württemberg) haben teilgenommen und wir haben zwei Tage lang intensiv über mehr Partizipation und Rechte für Jugendliche diskutiert. Ich bin noch immer sehr beeindruckt und begeistert vom Engagement der Jugendlichen und von den produktiven Ergebnissen dieser Tage. Nicht nur die Wortneuschöpfung "Partizifismus", zu übersetzen mit Frieden durch Teilhabe, zeugte vom inspirierenden und progressiven Geist, der diese Tage bestimmte.

Für eine Emanzipatorische Jugendpolitik.

Aus diesen praktischen Erfahrungen mit dem Engagement und der Begeisterung junger Menschen ziehe ich große Motivation für meine parlamentarische Arbeit. Im Bereich der Jugendpolitik habe ich es mir deshalb im letzten Jahr besonders zur Aufgabe gemacht, mehr Aufmerksamkeit für eine stärkere Anerkennung von Jugendlichen zu erreichen. Jugendliche sind ein integraler Bestandteil unserer Gesellschaft und prägen die Gegenwart und vor allem die Zukunft. Diese Tatsachen müssen endlich Niederschlag in konkreten politischen Schritten finden.

Für die Bundestagswahl und in unserem Wahlprogramm im nächsten Jahr werde ich Jugendpolitik sowohl als eigenen Politikbereich als auch quer durch alle anderen Politikbereiche mitdenken. Junge Menschen anzusprechen, wird eine wichtige Aufgabe von uns Grünen im kommenden Wahlkampf sein. Aus diesem Grund braucht es gute und visionäre Konzepte und konkrete Anliegen, die wir in der nächsten Wahlperiode umsetzen können.

Ulrich Schneider

Sprecher Jugendpolitik und Bürgerschaftliches Engagement
Mitgl. Ausschuss Familie, Senioren, Frauen, Jugend
Platz der Republik 1 11011 Berlin
Tel. 030 / 227- 72161
Fax 030 / 227- 76161
ulrich.schneider@bundestag.de
www.ulrich-schneider.de

Wahlkreisbüro Heilbronn

Kaiserstr. 17
74072 Heilbronn
Tel. 07131 / 1201148-0
Fax 07131 / 1201148-9
ulrich.schneider@wk.bundestag.de

Bundestagsbüro in Konstanz

Conrad-Gröber-Str. 6
78464 Konstanz
Tel.: 07531 / 3690355
Fax 07531/3694539
ulrich.schneider.wk05@wk.bundestag.de

Seite 39

Zunächst ist es mir wichtig Jugendpolitik zu definieren und sie als eigenständiges Politikfeld zu entwickeln. Beim Länderrat im vergangenen April in Lübeck wurde unser Antrag zur Emanzipatorischen Jugendpolitik einstimmig angenommen. Darin wird eine emanzipatorische Jugendpolitik mit konkreten Handlungsfelder formuliert, die sich an den Grundprinzipien Demokratie, Freiheit, Emanzipation und Gerechtigkeit orientiert.

Jugendliche müssen gestärkt werden, sich in Politik einmischen können und dort echte Einflussmöglichkeiten bekommen. Die Senkung des Wahlalters auf mindestens 16 Jahre auf allen Ebenen ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Darüber hinaus wollen wir Jugendverbandsarbeit weitergehend unterstützen. Beides zusammen – gemeinsam mit politischer Bildung – funktioniert und befähigt eine vom demographischen Wandel besonders betroffene Generation, sich politisch zu beteiligen!

Zudem gilt es, Freiräume für Jugendliche zu schaffen, was nur durch eine zeitliche Entlastung von jungen Menschen erreicht werden kann. Deshalb müssen wir jungen Menschen ein echtes Mitspracherecht in der Gestaltung von öffentlichem Raum geben und außerdem die Zeit und die Möglichkeiten schaffen, damit sie sich frei entfalten können. Bildungspolitik muss sowohl im formalen als auch im non-formalen Bereich jungen Menschen Möglichkeiten eröffnen, sich auszuprobieren und zu entwickeln. Gerade die Kinder- und Jugendhilfe braucht deshalb weitere Stärkung, um auch sozial benachteiligten Jugendlichen gute Startchancen zu ermöglichen.

Es geht in der Jugendpolitik zentral um die Frage nach Gerechtigkeit für diese Generation, die einer

der sozial am stärksten gespaltenen Teile unserer Gesellschaft ist. Wir müssen dabei auch ausdrücklich Jugendliche mit besonderen Problemlagen berücksichtigen, denn die Gruppe der Jugendlichen ist durchaus heterogen. Junge Menschen mit Migrationshintergrund oder Jugendliche mit einem geringen sozio-ökonomischen Hintergrund haben oftmals noch stärker mit Schwierigkeiten zu kämpfen als ihre AltersgenossInnen. Auch für schwul-lesbische Jugendliche, einer von der Bundesregierung vergessenen Gruppe, gibt es vieles zu tun. Die Bundesregierung hat es verpasst, ihre Versprechungen von 2005 zu einer Studie über schwul-lesbische Jugendliche umzusetzen. Ich werde weiter Druck machen, dass dieses Thema auf der Agenda bleibt.

Im November wird mein Antrag zu Eigenständiger Jugendpolitik im Bundestag diskutiert. Ich werde unsere Forderungen den enttäuschenden Vorschlägen der Bundesregierung entgegenstellen und damit formulieren, wie Jugendpolitik eigentlich gemacht werden sollte: demokratisch, gerecht, selbstbestimmt und emanzipatorisch!

Familienpolitik der Realität anpassen.

Allgemein halte ich eine moderne, an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtete Familienpolitik für eine der großen Herausforderungen der gegenwärtigen Politik. Beziehungsformen haben sich in den letzten Jahrzehnten massiv verändert und die Politik muss Wege finden, dies in Gesetzesrealität widerzuspiegeln.

Was Kristina Schröder und die Bundesregierung in den letzten drei Jahren in diesem Feld angerichtet haben, ist das Gegenteil von moderner Familienpoli-



Ulrich Schneider

Sprecher für Jugendpolitik und Bürgerschaftliches Engagement

Fortsetzung

Seite 40

tik. Weder schafft es die Bundesregierung bereits beschlossene Schritte im Bereich des Kita-Ausbaus umzusetzen, noch macht sie Fortschritte im Bereich der Frauenförderung. Ganz im Gegenteil: Das Betreuungsgeld ist das beste Beispiel für die reaktive Familienpolitik und verhindert nötige Investitionen in den Kita-Ausbau.

Die Grünen haben hier seit Langem weitgehende Forderungen, wie moderne Familienpolitik auszusehen hat. Wir wollen eine eigenständige Existenzsicherung für Frauen, eine gesetzliche Frauenquote und flächendeckende, qualitativ hochwertige Kinderbetreuung. Das Konzept der Kindergrundsicherung kann zudem verhindern, dass die massive Kinderarmut sich weiter ausbreitet.

Die Öffnung der Ehe ist überfällig.

Im Rahmen einer modernen Familienpolitik muss auch bezüglich der Öffnung der Ehe noch vieles passieren. Es kann nicht oft genug betont werden: In Deutschland gibt es immer noch keine Homo-Ehe. Noch immer werden eingetragene LebenspartnerInnen im Steuerrecht diskriminiert und es wird ihnen das Recht verwehrt, gemeinsam Kinder zu adoptieren. Schwarz-Gelb kann sich trotz aller Beteuerungen im Koalitionsvertrag nicht mal zu den kleinsten Anpassungen durchringen, sondern muss immer wieder vom Bundesverfassungsgericht zum Jagen getragen werden.

Kleinteilige Bereinigungsgesetze würden das Flickwerk, das die eingetragene Lebenspartnerschaft heute ist, nicht wirklich besser machen. Wir brauchen die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare, schon allein um zu zeigen: Schwule und Lesben sind keine Menschen zweiter Klasse, für die ein Sonderrecht geschaffen werden muss. Sie soll-

ten heiraten können, wie alle anderen auch. Ich bin skeptisch, ob diese Erkenntnis, die auch bei einigen meiner Kolleginnen und Kollegen aus der CDU-Fraktion in diesem Sommer gereift ist, sich, wenn wir im Bundestag das nächste Mal die Öffnung der Ehe diskutieren, tatsächlich in Zustimmung niederschlagen wird.

Unsere Fraktion denkt aber weiter, denn: Lesben und Schwule sind auch Eltern und nicht alle heterosexuellen Eltern in Deutschland sind verheiratet. Kinder werden häufig von Menschen erzogen, die kein formales Sorgerecht für sie haben. Daher haben wir das Konzept der elterlichen Mitverantwortung entwickelt, um sozialen Eltern Rechte und Pflichten in der Erziehung zu geben.

Engagement als Statussymbol.

Diese Gesellschaft mit einer emanzipatorischen Jugend- und modernen Familienpolitik zu gestalten, hängt nicht nur an den Entscheidungen im Parlament. Viele Menschen engagieren sich jeden Tag, um die Welt ein bisschen besser zu machen. Freiwilligkeit und Engagement sind Zeichen einer lebendigen Zivilgesellschaft. Gerade auch in Baden-Württemberg gibt es viele bürgerschaftlich Engagierte in Kunst, Kultur, Sport, Wissenschaft, Bildung und in vielen anderen Bereichen. Deshalb wünsche ich mir, dass bürgerschaftliches Engagement in unserer Gesellschaft ein hohes Gut wird, welches Anerkennung und Aufmerksamkeit von allen Seiten erfährt – bürgerschaftliches Engagement als Statussymbol!

Die Formenvielfalt bürgerschaftlichen Engagements müssen wir stärken. Ein erster Schritt ist es, die Finanzierungsmuster der öffentlichen Förderung zu

Ulrich Schneider

Sprecher Jugendpolitik und Bürgerschaftliches Engagement

Mitgl. Ausschuss Familie, Senioren, Frauen, Jugend

Platz der Republik 1 11011 Berlin

Tel. 030 / 227- 72161

Fax 030 / 227- 76161

ulrich.schneider@bundestag.de

www.ulrich-schneider.de

Wahlkreisbüro Heilbronn

Kaiserstr. 17

74072 Heilbronn

Tel. 07131 / 1201148-0

Fax 07131 / 1201148-9

ulrich.schneider@wk.bundestag.de

Bundestagsbüro in Konstanz

Conrad-Gröber-Str. 6

78464 Konstanz

Tel.: 07531 / 3690355

Fax 07531/3694539

ulrich.schneider.wk05@wk.bundestag.de

Seite 41

ändern. Unabhängigkeit, Autonomie und Selbstorganisationsfähigkeit sind wichtig für starke Vereine und Initiativen, deshalb müssen für Zuschüsse von Bundesebene die Förderkriterien neu definiert werden. Gemeinsam mit den Ländern und Kommunen brauchen wir eine kooperative und koordinierte Politik der Beteiligung, damit vor Ort starke Netze für bürgerschaftlich Engagierte entstehen können. Das will ich auch im Wahlprogramm für 2013 verankern.

Freiwilligendienste wetterfest machen.

Die hohen BewerberInnenzahlen in den Freiwilligendiensten bestätigen, dass junge Menschen sich engagieren wollen. Gerade in Phasen des Übergangs, wie nach der Schule oder Ausbildung, ist es wichtig, jungen Menschen die Möglichkeit eines Perspektivwechsels zu eröffnen. An diesen großen Erfolg der Jugendfreiwilligendienste müssen wir anknüpfen. Der unter der schwarz-gelben Bundesregierung überstürzt eingeführte Bundesfreiwilligendienst kann seine Herkunft aus dem verpflichtenden Zivildienst nicht verleugnen. Er zeichnet ein falsches Bild von Freiwilligkeit und bürgerschaftlichem Engagement.

Im Bundestag habe ich in Zusammenarbeit mit der SPD-Fraktion einen Antrag zu Freiwilligendiensten eingebracht, in dem wir uns dafür stark machen, die Freiwilligendienste vollständig zivilgesellschaftlich zu organisieren. Wichtig ist mir dabei, dass Freiwilligendienste echte Lern- und Orientierungsdienste sind und bleiben!

Zwei Probleme begegnen mir bei den Freiwilligendiensten immer wieder: Umfassende Mitentscheidungsmöglichkeiten und eine ausreichende soziale Grundversorgung. Deshalb brauchen Freiwillige fes-

te Institutionen, die sie vertreten und ihnen helfen, sich untereinander zu vernetzen und auszutauschen. Wir müssen außerdem sicherstellen, dass eine soziale Grundversorgung für Freiwilligendienstleistende bereitgestellt wird. Ich setze mich dafür ein, dass sich – unabhängig von Elternhaus oder Bildungsabschluss – Jugendliche einen Freiwilligendienst leisten können. Jeder Freiwilligendienstplatz muss so finanziert sein, dass auch Freiwillige aus sozial schwachen Familien einen solchen Dienst tun können.

Deshalb brauchen wir einen Regierungswechsel.

Dieser Rundumschlag gibt euch einen Einblick in meine Arbeit im Bundestag. In der Jugend- und Familienpolitik sowie der Engagementpolitik wird wie in vielen anderen Politikfeldern deutlich, dass wir mehr als dringend einen Regierungswechsel brauchen und dass wir dafür im kommenden Jahr alle gemeinsam kämpfen müssen. Wir müssen Jugendliche endlich ernst nehmen, ihnen Freiräume schaffen und sie an Entscheidungen beteiligen. Wir müssen den Murks in der Familienpolitik beenden, die Ehe für Schwule und Lesben öffnen und das Betreuungsgeld schleunigst wieder abschaffen. Wir müssen die Menschen mitnehmen, sie beteiligen und auch im Bund einen neuen Politikstil umsetzen.

Am 17. September wurde ich einstimmig als Direktkandidat im Wahlkreis Heilbronn nominiert. Mit diesem Votum und mit meinen Themen Familien- und Engagementpolitik bewerbe ich mich auf einen aussichtsreichen Listenplatz auf unserer Grünen Landesliste. Ich freue mich über eure Unterstützung!





SÜDWEST GRÜN erscheint ca. 4 x mal im Jahr. Darin berichten wir als Landesgruppe Baden-Württemberg der grünen Bundestagsabgeordneten von unserer Arbeit. Es wird als pdf-Datei versandt. Wer den Rundbrief regelmäßig beziehen will

bitte E-Mail mit **Betreff: Abo Südwest-Grün** an

buero-kotting-uhl@gmx.de

Ältere Ausgaben der 17. Wahlperiode im **Archiv SWG**

<http://www.kotting-uhl.de/cms/default/rubrik/18/18048.suedwestgruen.html>

Aufgrund der großen Distanz zwischen Baden-Württemberg und Berlin können wir selbst nicht so oft

in den Wahlkreisen unterwegs sein, wie wir es gerne möchten.

Daher seid ihr, die Grünen in Baden-Württemberg, unser stärkstes Bindeglied „ins Ländle“ und für uns ist es wichtig zu erfahren, was euch konkret „auf den Nägeln brennt“.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Wahlkreisbüros sind vor Ort für euch und eure Anliegen da und stehen in engem Kontakt mit uns Abgeordneten in Berlin. Eure Ideen und euer Engagement sind eine wichtige Ergänzung zu unserer parlamentarischen Arbeit.

Rundbrief der baden-württembergischen Grünen im Bundestag

V. i. S. d. P.

Sylvia Kotting-Uhl MdB (Landesgruppensprecherin)

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel. 030/227-74740

Fax 030/227-76742

E-Mail: sylvia.kotting-uhl@bundestag.de

Redaktion: Ingrid Behner

Mehr aus der Bundestagsfraktion unter

www.gruene-bundestag.de